

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkova nám. 22. (Eingangspreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, Telefon 6796, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48—Kč, halbjährlich 96—Kč, ganzjährig 192—Kč, für Deutschland 16—Mk. Postparafasstono 57644. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Englands Zustimmung zur Genfer Entscheidung.

London, 15. Oktober. (Reuter.) Der Rat hat heute einem eigens zu diesem Zweck einberufenen Ministerrat eingehenden Bericht über das Vorgehen des Völkerbundes betreffend Oberschlesien. Der Rat habe sich anschließend von den präzisesten Ergebnissen des Plebiszites leiten lassen und sei bestrebt gewesen, die Schaffung einer politischen Grenze zu vermeiden, welche in wirtschaftlicher Beziehung eine Barriere bilden würde. Das englische Kabinett hat vorbehaltlos die Lösung des Völkerbundes genehmigt und das Werk der Gerechtigkeit (!) lobend anerkannt. England genehmigt demnach die vorgeschlagene Grenze und die vom Völkerbund empfohlenen wirtschaftlichen Maßnahmen. Die endgültige Entscheidung Englands bezüglich des Vorgehens bei der Notifizierung wird erst morgen abends getroffen werden. Es heißt, daß die Alliierten prinzipiell den Anträgen Briands zustimmen, nach welchen die Völkervereinigung Samstag oder Sonntag zusammenzutreten wird, so daß die Entscheidung am Dienstag Berlin und Warschau notifiziert werden würde, worauf die interalliierte Kommission am Donnerstag die Entscheidung verwirklichen würde.

Oberschlesiens Schicksal endgültig entschieden.

London, 15. Oktober. (Reuter.) Die Völkervereinigung ist mit der Veröffentlichung der Empfehlungen des Völkerbundes bezüglich Oberschlesiens, die jetzt die Zustimmung der britischen Regierung erhalten haben, befreit worden. Dieselbe Körperschaft wird demgemäß die interalliierte Abstimmungskommission über das Wesen der Entscheidung unterrichten und sie auch der deutschen und der polnischen Regierung zur Kenntnis bringen. Die britische Regierung erkennt an, daß die Regelung sehr gerecht und unparteiisch ist. Wie sie selbst die Empfehlungen ohne Rückfrage und Bedenken annimmt, so erwartet sie, daß dies von allen beteiligten Parteien im gleichen Sinne geschehen wird.

Die magyarischen Banditen kämpfen weiter.

Wien, 15. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Von den Abmachungen in Venedig scheinen die ungarischen Banditen keine Notiz zu nehmen. Sie haben heute morgens wieder Angriffe auf unsere Truppen bei Bruck unternommen. Bei Burgau fand gestern ein kleines Gefecht statt, bei Neubau haben die Banditen einen Handgranaten-Angriff unternommen, wurden aber vertrieben. In der Nähe des Kohlenbergwerks Neufeld sind ständig leichte Gefechte mit den ungarischen Banditen im Gange.

Brazer Parteitag verschoben.

Wien, 15. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der am 29. Oktober in Graz stattfinden sollte, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Der Parteivorstand begründet die Verschiebung mit der Bedrohung der Republik. Die burgenländische Krise mache es unmöglich, daß die Vertrauensmänner in der nächsten Zeit ihre Posten verlassen und nach Graz reisen.

Die Schuld der andern.

Der nationale Radikalismus ist bei allen Völkern von der gleichen Kurzsichtigkeit. Er hat jetzt bei den Deutschen eine Niederlage erlitten und es scheint schon wahrscheinlich, daß nun der tschechische Nationalismus diese Niederlage als einen Sieg wird buchen wollen und in ihr die Rechtfertigung seines Verhaltens gegen die Deutschen überhaupt erblicken wird. Aber gerade das Einbekenntnis eines begangenen Fehlers, der von ihren radikalen Schreibhülften zu einer ihre Kraft überschätzenden Taktik der Deutschbürgerlichen, müßte die tschechischen Chauvinisten zur Besinnung bringen und sie zu einer Überprüfung ihrer Methoden und der Grundlagen ihrer Taktik bewegen. Es wäre nichts törichter als die Annahme, daß jetzt nach der Rückkehr der deutschbürgerlichen Abgeordneten ins Parlament feststehe, die deutsche Minderheit sei überhaupt wehrlos, es entfalle daher die Notwendigkeit, sich mit der Suche nach Formen des einträchtigen Zusammenlebens der den Staat bewohnenden Völker abzumühen und die Mehrheit könne unbesorgt und geruhig die Politik der Gewalt, der Schikane, der Verleumdungen und Kränkungen gegenüber den Deutschen weiter betreiben. Das wäre die Folge einer Blindheit, die für den Staat und für seine Nationen, vor allem der Tschechen, verhängnisvoll ausfallen würde.

Ein einfacher Blick auf die parlamentarischen Verhältnisse, die ein mühseliges Fortstreben bedeuten, müßte den Tschechen sagen, daß kein Grund zur Annahme besteht, das Haus, unter dessen Dach wir mit ihnen wohnen müssen, wäre am besten bestellt und es brauchten an ihm keine Veränderungen vorgenommen werden. Seit mehr als einem Jahre ist doch dieses Parlament in einer ununterbrochenen Krise, es kann nicht leben, aber auch nicht sterben, weil das neue Parlament, das an seine Stelle trat, keine größere Lebensfähigkeit hätte, als das heutige. Auch die allnationale tschechische Koalitionsregierung kann in ihrer Wirkung nur jener einer Kampferinjektion an einem totkranken Körper gleichkommen, eine Umstellung des Lebens, aber keine dauernde Gesundung bewirken. Die immer aufs Neue wiederkehrenden Störungen des parlamentarischen Betriebes, das mühselige und oft ergebnislose Suchen nach einer Mehrheit, die Unfähigkeit, an gewisse Probleme heranzutreten, die ein Gebot des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges sind, erweisen täglich in greifbarer Form, daß es sich bei den häufigsten Schwierigkeiten nicht bloß um eine Krise des Parlamentes handelt, sondern um eine solche des Staates selbst.

Man muß das immer wieder sagen, immer wieder die verderblichen Folgen des heutigen Systems und der die natürlichen Lebensbedingungen des Staates und seiner Nationen geflissentlich überschenden bis herigen Politik aufzeigen, weil für die andauernd im Siegestrausch schwelgenden tschechischen Nationalisten der Himmel noch immer voller Geigen zu hängen scheint. Anders ist es nicht zu verstehen, daß sie die Unmöglichkeit nicht merken wollen, die gegenwärtigen verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates ausreicht zu erhalten, nicht merken wollen, daß es ihr und aller Lebensbedürfnis ist, das Verhältnis zu den andern Nationen erträglich zu gestalten und die Fiktion des Nationalstaates aufzugeben. Es war leider seit je das Verhängnis herrschender Völker, daß Machtgefühl und Herrschsucht ihnen das Gefühl für Gerechtigkeit trübten und sie die Wahrheit des

Grundsatzes nicht rechtzeitig erkennen ließen, daß alle auf Gewalt aufgebaute Macht vergänglich ist und für sie selber schließlich verderblich wird. Die Befürchtung liegt nahe, daß auch die durch den Besitz der Gewalt gebildeten tschechischen Nationalisten nicht rechtzeitig gewahrt werden, daß ihr Weg in den Sumpf führt, in den auch das deutsche Volk im alten Österreich durch seine Chauvinisten gelockt wurde. Die tschechischen politischen Parteien waren stets Meister der verpönten Gelegenheiten und es scheint, daß diese Meisterhaftigkeit sie wieder den richtigen Augenblick zu einer rettenden Tat verfaulen lassen wird.

Zwar spricht man jetzt andauernd vom nationalen Frieden und sogar in der tschechischen Presse tauchten verschiedentlich aus dem dort sonst geübten mißtönenden Häßgeschrei Stimmen auf, die von der Notwendigkeit eines Ausgleichs erzählten, aber Wesen und Vergangenheit des tschechischen Nationalismus rechtfertigen wohl die Meinung, daß diesen Stimmen insoweit keine Bedeutung zukommt, als nicht die tschechische Arbeiterklasse in ihrer politischen Führung sich auf ihre internationalen Pflichten besinnt und zur Trägerin des Gedankens von der Notwendigkeit der Schaffung eines Gemeinwesens wird, das zu seiner Grundlage die nationale Freiheit aller Völker hat. Wenigstens die tschechischen Sozialdemokraten müßten endlich die Tatsachen sehen lernen, die Trostlosigkeit dieser Republik in ihrem heutigen Zustande erkennen, einer Republik, die ihr politisches Arsenal aus dem dunkelsten Österreich holt, obwohl ihre Vertreter mit Vorliebe Demokratie, Fortschritt, Freiheit und Gerechtigkeit als tägliches Sprichwort im Munde führen.

Der Parteitag der italienischen Sozialisten.

Ablehnung von der kommunistischen Ideologie? In Mailand wogt der Parteitag der italienischen Sozialisten. Mit der Leidenschaft, die dem Volke Italiens und den kommunistischen Agitatoren Moskaus eigen ist, wird das geistige Ringen des italienischen Proletariats gekämpft. Der große Irrtum des Parteitages zu Bologna, an dem sich das italienische Proletariat bedingungslos Moskau verschrieben hat, wird noch krasser wie zu Livorno offenbar. Schon hat die Saat von Moskau wieder Unheil gestiftet: ein verhältnismäßig kleiner Teil der Partei trat unter Massis Führung zu den Kommunisten über; aber der weitaus größere Teil der Partei hat sich, durch die tristen Erfahrungen mit Moskau belehrt, für sein Eigenleben entschieden. Wie tief die Wandlung im italienischen Proletariat seit Bologna ist, erhellt schon die Möglichkeit des Auftretens Friedrich Ablers und die eindeutige Ablehnung der Revolutionstrabenden Klara Zetkins. So weit wir den bis jetzt spärlichen Berichten entnehmen können, wird das italienische Proletariat sein schweres geistiges Ringen zu Mailand siegreich bestehen.

Auf dem Parteitag von Bologna, der etwa vor zwei Jahren stattfand, entschloß sich die italienische Partei voreilig unter bedingungsloser Annahme der 21 Bedingungen der dritten Internationale beizutreten. Doch schon vor dem Parteitag von Livorno erkannte die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer die Unmöglichkeit der Erfüllung des Moskauer Diktates, und es kam in Livorno wieder zu einer Spaltung. Eine verhältnismäßig kleine Gruppe konstituierte sich als selbständige kommunistische Par-

tei, während sich der weitaus größere Teil wohl zu den Grundätzen der Moskauer Internationale bekannte, aber alle sogenannten Reformisten in seinen Reihen beließ. Dieser größere Teil der italienischen Partei brach jedoch nicht die Beziehungen zu Moskau ab, sondern versuchte irgend eine mögliche Vereinigung mit dem damals aberaus selbstbewußten Moskau. Wir erinnern uns: Die 21 Punkte wurden wohl angenommen, aber mit dem Vorbehalt, sie in einer, dem spezifisch italienischen Verhältnissen entsprechenden Weise anzuwenden. Ueberdies lehnte der Parteitag von Livorno den Anschluß Serratis und seiner Gruppe ab. Als nun Lazzari, Maffi und Riboldi unter solchen Bedingungen nach Moskau kamen, wurde ihnen kein freundlicher Empfang zuteil. Vorübergehend war auch der Parteivorstand der italienischen Sozialisten bereit, Moskau nachzugeben, aber das abstoßende Auftreten Moskaus widerriet ihm diesen für das italienische Proletariat so verhängnisvollen Schritt. Die Partei verließ bei den Grundätzen und der Taktik, die sie sich in Livorno zurechtgelegt hat. Inzwischen ist aber die eingebildete Allmacht Moskaus so sehr erschüttert worden, daß man den italienischen Sozialisten mit der gleichen Befähigung entgegenkam, wie vor mehreren Wochen unserem Freund Schmeral; Moskau gab etwas nach. Nur das eine Verlangen konnte das Moskauer Exekutivkomitee nicht unterdrücken: den Ausschluß der so verhassten Gruppe Turati-Treves. Serrati und die Seinen wollte man gern in den Verband der Moskauer Internationale aufnehmen, trotzdem man gegen sie so ähnliche Worte gefunden hat, wie einst gegen Levi, den „Abtrünnigen“. Das ist der erste Streitpunkt in Mailand. Soll die Partei in den Schoß der Moskauer Internationale zurückkehren, oder ihre selbständige Haltung bewahren? Diesen Streit hat das Ausschneiden der Gruppe Maffi zum Teil gelöst.

Nach dem Ausscheiden der Gruppe Maffi blieben noch zwei große und eine kleine Gruppe übrig, die wohl darin einig sind, daß eine bedingungslose Unterwerfung unter Moskau unmöglich ist, die aber in Bezug auf die weitere Taktik der Partei nicht eines Sinnes sind. Das ist die Gruppe Serrati, die gleichsam den linken Flügel darstellt und gegen eine Regierungsteilnahme und für die Diktatur des Proletariats ist und der zentristische Flügel Turati, der in der Regierungsteilnahme die einzig mögliche Taktik des italienischen Proletariats erblickt und gegen die Diktatur des Proletariats ist. Die erste Gruppe, die sogenannten Unitarier, zu denen allerdings auch die Parteianhänger Massis gehörten, haben bei den Wahlen in den Ortsgruppen etwa 57.000 Stimmen erhalten, wogegen die sogenannten Zentristen bloß 20. bis 25.000 Stimmen auf sich vereinigten. Eine dritte, zwischen Serrati und Treves vermittelnde Gruppe gewann etwa 10.000 Anhänger. Trotz Ausschneidens Massis aus der Partei ist vielleicht ein Sieg der Serratigruppe zu erwarten. Das würde bedeuten, daß das italienische Proletariat nicht in die Regierung eintritt und nach Ansicht Treves und Turatis schutzlos dem Faschismus und den wirtschaftlichen Unbilden des Landes ausgeliefert bleibt. Der Kampf, der nun in Mailand wogt, gilt der prinzipiellen Frage, ob das Proletariat in unserer krisenhaften Zeit den Aufbau der Volkswirtschaft durch seine Opposition bekämpfen, oder ob es mithelfen soll, die Volkswirtschaft Europas von den Kriegswirkungen zu befreien und den wirtschaftlichen Aufbau unter Wahrung seiner materiellen Interessen und in der Richtung zum Sozialismus zu fördern. Italien befindet sich, wie alle europäischen Länder, in einer Krise.

den Wirtschaftskrise. Fünf Milliarden beträgt das jährliche Defizit des Staates, seine Valuta sinkt in Werte, der Kredit des Staates schwindet, die Staatsschulden steigen un-aufhörlich, die Wirtschaft des Landes ist der Ueberfremdung ausgesetzt, nahezu 600.000 werktätige Handpaare müssen feiern. Es ist klar, daß nur der Sozialismus es zu Wege bringt, die wirtschaftlichen Probleme in diesem Land, genau so wie in ganz Europa, zu lösen. Aber die Frage bleibt, wie sich der Sozialismus der Wirtschaft zu bemächtigen hat, ob gleichsam in einem Ansturm oder vorerst durch Mitarbeit in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, durch Mitverwaltung in Wirtschaft und Politik. Diese Lebensfrage unserer Proletariatsgeneration wird auch in Mailand eine Antwort finden müssen. Die Kraft der wirtschaftlichen Verhältnisse ist es, die über alle doktrinären Bedenken hinweg die Art der Aktivität des Proletariats in jedem Lande nach einer Eigenart bestimmt.

Ergebnis der Parteitage-Abstimmung.

Mailand, 15. Oktober. (Havas.) Das Ergebnis der Abstimmung beim Kongresse der sozialistischen Parteien drückt sich in folgenden Ziffern aus: Die Maximalisten der Richtung Serrati erhielten 47.628 Stimmen, die Kolaborationisten (Treves) 19.916, die Unitarier 8.089 und die Extremisten 3765 Stimmen. — Das Abstimmungsergebnis bedeutet eine entscheidende Niederlage Moskaus, die Erhaltung der Partei beinahe in ihrer ganzen Größe und ihre Nichtbeteiligung an der Regierung.

Mailand, 14. Oktober. (Ag. Stef.) In der heutigen Sitzung des Sozialistenkongresses trat der Vertreter des Allgemeinen Arbeitsverbandes für die Einheit der Partei ein. Turati wendete sich unter lebhaftem Beifall gegen den Gedanken einer maximalistischen Aktion. Er betonte, daß es unter Umständen Pflicht der Partei sei, an der Regierung teilzunehmen. Er forderte schließlich zur Einigkeit auf, da eine Spaltung sehr gefährlich sein könnte. Barotone und Lazzari sprachen sich gegen die Teilnahme an der Regierung aus. Modigliani trat für die Einheit der Partei ein. Er lobte Lenin und Trotski, die über Italien schlecht unterrichtet worden seien. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen verteidigte er den zwischen den Faschisten und Sozialisten geschlossenen Pakt, dessen große moralische Bedeutung er hervorhob. Der Pakt entspreche den Grundfragen der Partei.

Sozialpolitische Reaktion

Seitdem die Arbeiterklasse zum Klassenbewußtsein erwacht ist, seitdem das Proletariat den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung aufgenommen hat, ist eine seiner Hauptforderungen die nach dem Normalarbeitsstag, einer Begrenzung der Arbeitszeit, der Verhinderung einer zeitlich unbegrenzten Ausbeutung. Der internationale Sozialistenkongress in Paris, jener Kongress, der die Internationale der Ar-

beiter wieder aufgebaut hat, hat gleichzeitig die Fahne des Achtstundentages entrollt. Jedes Jahr am 1. Mai, von 1890 bis 1918, haben die Arbeiter der ganzen Welt für den Achtstundentag demonstriert.

Die Beendigung des Krieges und die revolutionären Ereignisse von 1917 und 1918 haben die Verwirklichung der ihnen so teuren Forderung gebracht. In Rußland, Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei wurde der Achtstundentag mit einem Schlage verwirklicht. Wozu es sonst harter, jahrelanger Kämpfe bedurft, fiel der Arbeiterschaft als reife Frucht der Revolution in den Schoß. Die Macht der Arbeiterklasse war durch den Zusammenbruch der Heere der Mittelmächte, den Sturz des dynastisch-feudalen Regimes in Ost- und Mitteleuropa gewaltig gewachsen, das Bürgertum war politisch und moralisch gebrochen, es wagte der Erfüllung der Forderung der Arbeiterschaft keinen Widerstand zu leisten. Unter Zustimmung aller tschechischen Parteien wurde das Achtstundengesetz in der Revolutionsnationalversammlung beschlossen. In allen Ländern brach sich der Achtstundentag Bahn, die internationale Arbeiterkonferenz in Washington beschloß im vorigen Jahre die Einführung des Achtstundentages in der ganzen Welt.

Satte so die revolutionäre Welt, die nach dem Kriege über die Welt ging, eine Reihe sozialpolitischer Forderungen der Arbeiterklasse verwirklicht, so droht die wachsende Kraft der Reaktion die Errungenschaften jener Zeit wieder zu beseitigen. Mit der politischen Reaktion hält die sozialpolitische Reaktion gleichen Schritt und nicht minder notwendig wie die Abwehr der Anschläge des bewußten sozialpolitischen Rückschritts, für den das Bürgertum bereits die Zeit für gekommen erachtet. Deswegen stößt die Annahme der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag auf Schwierigkeiten. Die vereinigten Staaten sind dem Völkerbund nicht beigetreten und fühlen sich daher nicht verpflichtet, die Washingtoner Beschlüsse anzuerkennen. England und Schweden haben die Konvention abgelehnt und Holland begründet seine Weigerung damit, das seine Volkswirtschaft im Konkurrenzkampf mit anderen Ländern, welche den Achtstundentag nicht durchgeführt haben, geschlagen werden könnte. Hätten wir einen wirklichen Völkerbund, dessen Beschlüsse für die ihm angeschlossenen Staaten bindend wären, dann würde jeder Grund zur Ablehnung des Achtstundentages mit dem Hinweis auf die Konkurrenz der anderen Länder entfallen. Die Unvollkommenheit der Friedensverträge von 1919 droht somit zu einer ersten sozialpolitischen Gefahr für die Arbeiterschaft zu werden. Wie groß der Wagemut des Bürgertums ist, zeigt ein im Schweizer Nationalrat eingebrachter Antrag, die Arbeitszeit von acht auf neun Stunden, in den Saisonbetrieben sogar bis auf zehn Stunden zu verlängern. Auch in Deutschland werden vereinzelt Versuche gemacht, den Achtstundentag zu übertreten, ins-

besondere in der chemischen Industrie sind Bestrebungen im Gange, statt der 48-Stundenwoche die 56stündige Arbeitswoche einzuführen. In Deutschland beruht die achtstündige Arbeitszeit auf eine Verordnung der Volksbeauftragten vom Dezember 1918, in der nächsten Zeit wird dem deutschen Reichstag der Entwurf eines Achtstundengesetzes zugehen, in dem sicherlich die reaktionäre Bürokratie den Versuch machen wird, diese sozialpolitische Errungenschaft der Revolution abzubauen. Auch in der Tschechoslowakei rühren sich bereits die Unternehmer. Vor dem Bergbau-schiedsgericht in Brüx wurde am 8. Oktober eine Verhandlung durchgeführt, in der den Aufsehern im Bergbau, von denen die Bergwerksbesitzer eine zwölfstündige Arbeitszeit verlangen haben, der Achtstundentag zugesprochen wurde und das Hauptorgan des Bundes der Landwirte, für das die Begrenzung der Arbeitsdauer der landwirtschaftlichen Arbeiter das schrecklichste auf Erden ist, schrieb, daß der Weg zur Verbilligung der Gütererzeugung nur in der Verlängerung der Arbeitszeit zu suchen ist. Die Agrarapitalisten haben im Kriege und in der Nachkriegszeit noch nicht genug verdient, sie möchten gar zu gern, daß sich die Landarbeiter vom frühen Morgen bis zum späten Abend plagen wie in den schönen Tagen der Vorkriegszeit.

Diesen Anschlägen auf den sozialpolitischen Fortschritt seit dem Kriege gegenüber muß die Arbeiterschaft wachsam und gerüstet sein. Handelt es sich doch um Leben und Gesundheit der Arbeiter, um den kulturellen Aufstieg der gesamten Klasse! Wäre es möglich gewesen, daß die Arbeiterschaft in der kommunalen Selbstverwaltung in solchem Ausmaß tätig ist wie gegenwärtig, wenn es keinen Achtstundentag gäbe? Erst jüngst ging ein Bericht aus dem graphischen Gewerbe in den Vereinigten Staaten durch die Presse, wonach das durchschnittliche Lebensalter der Arbeiter von 41 Jahren im Jahre 1900 auf 53 Jahre im Jahre 1920 gestiegen ist, was in der Hauptsache auf den Achtstundentag zurückzuführen ist.

Am 25. Oktober tritt in Genf die dritte internationale Arbeitskonferenz zusammen. Sie wird sich mit der Durchführung der Washingtoner Beschlüsse und mit der Dauer des Arbeitstages der landwirtschaftlichen Arbeiter befassen. Wenn die Arbeiter in der ganzen Welt geeinigt und geschlossen wären, dann würden sie wohl in Genf ein so energisches Wort für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages sprechen können, die Durchführung bezw. Aufrechterhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in allen Ländern gesichert wäre. Die Spaltung der Arbeiterklasse erweitert sich damit als der Schrittmacher auch der sozialpolitischen Reaktion.

Juland.

Die Schutzlosigkeit der Abgeordneten. Die neue Regierung wird voraussichtlich gleich bei ihrer Vorstellung den Abgeordneten und damit auch allen Staatsbürgern die Frage zu beantworten haben: ob sie gewillt ist, der unaufhör-

Cyril Wallenta.

Von J. J. David.

„Seht keine Kat' was an, was ich trin' für mein Geld. Was anderes will ich trinken, was Schärferes mit dem Fudral. Leut' will ich sehen, die auch noch singen können. Eine Nachtent' möcht' man ja werden dahier. Kommt mit zum Lichtenstern?“
 Zapletal antwortete nichts. Es ging ihm mit jedem Tag schlechter mit den Weinen, so schlecht, daß ihm die Frage schon wie Hohn erscheinen durfte. Cyril aber ging seiner Wege, und noch im Hof hörte man ihn sein Schlachtlied anstimmen:
 Ich komm' nicht hei' o na,
 Vorm hellen Licht, vorm Hahnenkrah ...
 Seine Stimme aber klang unsicher und über-schlag sich.
 Und so verging die Zeit. Wallenta blieb im Dorf, „eine Plage Gottes, recht eine Plage Gottes, die nicht endigen will“, seufzten die Alten. Er reichte wohl da und dort um eine Stellung ein, betrieb aber alles gleich lässig. Er fühlte sich hier im Grunde ganz wohl. Daß man ihn fortwünschte, war ihm nur ein An-las mehr zu bleiben. Wochten sie sich giffen!
 Die Madlena gewöhnte sich immer mehr an ihn. Er fehlte ihr, wenn er nicht da war. Alle Welt hatte doch hinterwärts auf ihn los und schalt ihn, ohne den Mut, ihm zu stehen. So mußte er doch immer schlechter werden. Ein Gaul wird unter der ewigen Peitsche störrisch. Ein Mensch aber sollte nicht ganz verwildern darunter? Und sie begann Par-tel für ihn zu nehmen. Erst nur in sich, dann auch vor ihrem Mann.
 Sonst kam sie mit niemand in Berührung. Und das war schlimm, denn man munkelte über sie, und das Gerüde hätte sie vielleicht doch stutzig gemacht, weil sie auf ihren Ruf

lichen Vertretung der Abgeordneten in munität entgegenzutreten. Die Bürokratie dieses Staates ist scheinbar der Ansicht, daß einerseits die Herren Minister gegenüber den Abgeordneten der Opposition vollkommen verantwortungsfrei sind, andererseits die oppositionellen Abgeordneten der Willkür der Polizei einfach überantwortet seien. Vor einigen Tagen wurde der sozialistisch-kommunistische Abgeordnete Taussil ohne jede stichhaltige Begründung verhaftet. Es ist dies im Laufe der letzten Monate nicht der einzige Fall. Vor einigen Wochen wurde in Brünn die Korrespondenz eines deutschbürgerlichen Abgeordneten behördlich durchstöbert und er selbst entging wahrscheinlich nur durch seine Abwesenheit von Brünn der Verhaftung. Die neue Regierung wird zu diesen Fällen klipp und klar Stellung zu nehmen haben. Wir sind begierig, ob sie, die halbparlamentarische Regierung, für die Willkür der politischen Polizei und ihrer Spitzel Worte der Entrüstung finden wird.

Der neue deutsche Gesandte. Der neue deutsche Gesandte Dr. Koch trifft heute in Prag ein. Der bisherige Gesandte Dr. Saenger, ein literarisch wie politisch bedeutender Mann, ist nach Berlin berufen worden, um dort die jungen Diplomaten im republikanischen Geiste in ihren Dienst einzuführen. Dr. Koch war bisher sächsischer Vertreter in Berlin. Obwohl er keiner Partei angehört, hat er doch fleißig an dem Aufbau der demokratischen deutschen Republik mitgearbeitet. In Prag erwartet ihn ein Amt, das wegen der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei und insbesondere aus innerpolitischen Gründen viel Takt und diplomatisches Geschick erfordert. Wir hoffen, daß er, der die Verhältnisse unseres Landes kennt, das Werk Saengers glücklich fortsetzen wird.

Ueber die wirtschaftliche und politische Situation sagt Dr. Raschin in den „Narodny Listy“ unter anderem Folgendes: „Ich glaube, daß seit der Zeit des Umsturzes keine so ernste Situation, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch gewesen ist. Möge jeder Bürger in unserer Republik bedenken, was geschehen würde, wenn wir in denselben Abgrund stürzen würden, in dem sich Oesterreich befindet! Dann ginge es nicht mehr um wirtschaftliche Dinge allein, sondern dann würden wir uns unmittelbar in politischer Gefahr befinden, es ginge um unsere Selbstständigkeit. Wir dürfen also die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, sondern müssen alles tun, um zu Hause wirtschaftlich Ordnung zu machen und in der Fremde das Vertrauen wecken, daß unsere Zukunft immer klarer und günstiger wird. Ich glaube, heute handelt es sich nicht nur darum, ob wir ungedeckte Banknoten drucken werden oder nicht. Meiner Ueberzeugung nach ist bereits endgültig und unwiderruflich entschieden, daß wir ungedeckte Banknoten unter keinerlei Umständen drucken werden dürfen. In der Nationalversammlung würde sich kein Volksvertreter finden, der auf dem Boden der Republik steht, und der für die Vermehrung ungedeckter Umlaufsmittel stimmen würde.“

Internationale Koalitions und Bürgerriebe. In den „Narodni Listy“ singt der tschechische

Fenilleton.

In der ganzen Welt ist der Soldat betrogen worden.

Von Henri Barbusse.

Alle entscheidenden Maßnahmen wurden immer im Dunkeln ausgeübt, dort, wo das also verurteilte Volk nichts nachprüfen konnte. Als nach der Kriegserklärung den Völkern nichts anderes übrig blieb, als sich zu wehren und zu schlagen; damals, als jeder mitten im Gewühl auf seinem Posten stauend stand und nur zwischen der Disziplin oder der Wank die Wahl hatte, an der er zehnfach durch-lüchert niederstinken konnte, damals, als ihr von Weib und Hof getrennt, in jene trostlosen Ge-lände verbannt waret, deren Bild euer Herz, ihr Frontkameraden, hoffentlich immer wie eine offene Wunde tragen wird — sagt mir doch, woran dachtet ihr, wenn ihr halbgegraben in einem Loch, der unendlichen Weite der Welt oder eurem inneren Gewissen gegenüberstandet, mitten in Elend, Schmerz und Qual? Ihr glaubtet wirklich an das, was euch beim festlich geschmückten Ausmarsch die wilben Zu-hausgebliebenen in die Ohren getrommelt hatten. Ihr meintet, für eine große Idee zu kämpfen. Ein moralischer Heiligenschein lag über euch träumenden, armseligen, in Soldatenmittel gewidelten Geschöpfen. Ihr ertrugt übermenschliche Pein, wenn Kugeln und Gra-taten an euch vorüberfegten; das eigene Fleisch lachte euch, wenn daneben ein Nachbar auf-zwie. Ihr marmelte: „Wer schließlich er-ziehen wir die Befreiung der Menschen. Wir

leiden, um unsere Kinder oder — ja, ihr hat- tet auch zuweilen zarte Gedanken — die Kin- der anderer vor gleichen Leiden zu bewahren. Wir kämpfen gegen den deutschen Militarismus, bis aller Militarismus vom Erdboden verschwunden ist!“

Wir haben's geglaubt. Wir haben uns nur geirrt. Man hat uns hintergangen. „Deut- scher Militarismus!“ Wir hörten heraus: Militarismus. In Wirk- lichkeit handelte es sich nur um die Deutschen. Mit solcher Parole zogen wir ruhig hinaus. Aber wessen Gedächtnis wäre so groß, daß er die ganze geistige Be-schränktheit, den ganzen Jesuitismus und die stinkende Feigheit jener offiziellen Betriebs-führer und ihrer Presseschulis wieder genau zer-legen könnte!

Wir bedauern, so ehrlich gewesen zu sein. Es tut uns leid, aber wir sind nicht schuldbe-wußt. Ehrlichkeit ist nie unrecht; aber ein Fehler ist's, an die Ehrlichkeit der andern zu glauben.

Man hat in Frankreich an die Uneigen-nützigkeit des offiziellen England und Italiens geglaubt. Man hat an den Völkerbund ge-glaubt. An was haben sie nicht glaubt, all die französischen Soldaten, die englischen, die deutschen, die österreichischen und italienischen und russischen Soldaten, im irr sinnigen Kampf gegeneinandergehet, in den endlosen Ebenen der masurischen Seen, die der Winter verstein-ert hatte, in den Rebellsünden und Eis-schluchten des Monte Nero und Monte Chri-stallo, in den grenzenlosen Sumpfen an der Yser, im unentzinnbaren Dred von Artois, je-der irgendwo in einem Stollenloch der Sech-s-tausendkilometerfront!

sehr stolz war. Ihrem Mann gegenüber aber blieb sie natürlich trotzig. Der konnte doch niemals anders, als einem jede Freude und jeden Umgang verweiden. Und eiferfüchtig war er doch immer und auf jeden gewesen, mit dem sie nur sprach.

Allmählich aber wurde ihr der Verdrießlich-keiten doch zu viel. Da war Annettschas Ab-neigung, die sie stürzig machte. Wenn ein Kind nicht mag, in dem ist nun nach alter Erfah-rung nicht alles, wie es sein soll. Und sie war förmlich tückisch gegen den Wallenta. Und dann war ihr Rajetan doch einfach schrecklich mit seiner hinterlistigen Reugier. Er leckte und leppelte und lauerte und wollte sie über-rumpeln, und wenn sie dann mit der Frage auf ihn losfuhr, was er denn eigentlich von ihr wollte, so erschral er, um den nächsten Tag wieder zu beginnen. Das war nicht auszu-halten. Da mußte man närrisch werden, ge-schah nicht bald ein Ende.

Nur bot sich gerade damals keine Gelegen-heit zu einem offenen Wort. War sie aber unwirksam gegen den Wallenta, so wollte der's nicht merken oder machte sich durchaus nichts daraus. Er sah sie nur immer an. Und kaum daß sie durch Zufall für ein Weilschen allein waren und sie nahm sich nur den ersten An-lauf, was doch nicht so schlecht ist, so tauchte sicherlich ihr Mann auf: „Was wispelt ihr da?“ Und ihr stockte das Wort. Denn er wollte freundlich und teilnehmend erscheinen, und dabei verzog sich sein Gesicht sehr hämisch, und er humpelte noch jämmerlicher als sonst. Als ein Unrecht und zugleich als Verlängerung eines unleidlichen Zustandes empfand sie diese Störungen. Zapletal aber merkte ihre immer wachsende Befangenheit wohl und deutete sie auf seine Weise.
 Ich auswärts aber mit dem Burschen zu-sammen bestellen, widerstrebte ihr in jedem

Dichter und Politiker Viktor Dhl das hohe Lied des Friedens zwischen den verschiedenen Klassen und Parteien des tschechischen Volkes: „Bleibt doch niemals so viel Gefühl nationaler Solidarität notwendig, wie heute. Aber diese nationale Solidarität darf nicht bloß sentimentalen Motiven entstammen. Es ist dies tatsächlich eine Interessensolidarität. Es gibt in unserer Nation und in unserer Republik keine Klasse, welche durch die Zerstückelung des Staates oder seine wirtschaftlichen Agonien gewinnen könnte. Die Interessen aller sind untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt kein Interesse des Arbeiters, die heimische Industrie zu bedrohen und zu vernichten und es liegt nicht im Interesse des Industriellen aus kurzfristigen Egoismus soziale Erschütterungen hervorzurufen. Es liegt nicht im Interesse des Gewerbetreibenden, den Stand der Festangestellten zu schädigen und es ist nicht im Interesse des Geschäftsmannes, den Konsumenten zu vernichten und nicht im Interesse des Konsumenten, daß der Geschäftsmann vernichtet werde. Ein vernünftiger Egoismus ist eine richtige und notwendige Sache. Ein unvernünftiger und kurzfristiger Egoismus sagt den Akt ab, auf dem alle sitzen.“ Wenn die tschechischen Dichter politisch nichts anderes zu sagen haben, als mit ein paar Gemeinplätzen aufzutreten, ist das wahrlich nicht viel. Zur Ehre der tschechischen Dichter hoffen wir jedoch, daß sie auch in der Politik gründlicher sind, als dieser eine Dichter und Abgeordnete.

Wie gepart wird. Im Gegensatz zu den Artikelserien der „Narodni Visty“: „Wie gepart wird“, die vor allem den Zweck zu haben scheinen, deutsche Kulturinteressen zu schädigen, (indem z. B. auf den Ueberfluß deutscher Beamten verwiesen wird), erörtert der „Cas“ unter demselben Motto eine Angelegenheit, die auch von uns schon gerügt worden ist. Die Arbeit in den Kliniken, fast zu dreiviertel von Ärzten geleistet, wird entweder überhaupt nicht oder höchstens mit 200 K monatlich honoriert. Der gewesene Unterrichtsminister Dr. Schusta, vollständig uninformiert, verwies den in dieser Angelegenheit intervenierenden Arztvertreter an den Min.-Rat Mlisko, der die Forderungen damit erledigte, daß er erklärte: daß ein Teil dieser Ärzte auf den Kliniken nur hinderlich sei, daß die Forderung eines Monatsgehältes von 500 K eine Riesensumme bedeute, und als ihm ein Arzt erklärte, seine Kollegen wären gezwungen, Schulden zu machen, erwiderte er: „Sie sind jung. Machen Sie Schulden.“ — So werden bei uns die primitivsten sozialen Forderungen erledigt und so wird bei uns gepart.

Aufdämmernde Erkenntnis. Allmählich scheint die tschechischen Sozialdemokraten doch der Gedanke ernstlich zu beschäftigen, daß es mit dem nationalen Fader in diesem Staate nicht weiter gehe. So äußert sich das Abendblatt des „Pravo Lidu“ gelegentlich der Erörterung einer einzuführenden Gewerkschaft folgendermaßen: „Die Arbeiterschaft und die demokratischen Elemente des Bürgertums müssen sich dessen bewußt werden, daß die rasche Durchführung der Gewerkschaft, die Wahlen in die Gewerkschaften und die Einführung der Gewerkschaft eines der dringendsten Erfordernisse der Gegenwart darstel-

Sinn. Denn sie sah ihn durchaus unter sich. Sie war Großbäuerin, Frau, Mutter, und er doch ein einzelner Mensch, ein Lunichgut ein Unbehauster. Mit so einem steckt man sich nicht zusammen, als hätte man mit ihm was zu verstanden. Auch war sie die Jahre her kaum allein ausgegangen, seitdem Anneschka laufen konnte und immer hinter ihr drein war, recht wie ein behendes Wieselchen.

Japletal hatte wieder einmal in der Stadt zu tun. Er war lange nicht dagewesen, die Rückstände hatten sich gehäuft, wie immer, wenn man nicht selbst hinter dem Advokaten her war, damit er nichts versäume oder verschleppe.

Er war zu Anfang November und das richtige Allerheiligentag. Die Felder ganz kahl und von Krähen überflogen, die über die Schollen hüpfen, sich zu Schwärmen gesellen, krächzend flatterten. Ein recht unfreundlicher Tag. Spärliche Sonnenblicke, gefolgt von einem eiskalten traurigen Regen, der so dicht fiel, daß man nicht bis zum nächsten Haus sehen konnte.

Gar keine Bewegung war in der schweren Luft. Hinter einem lag das Tagewort, und man konnte in sich seine tiefe Müdigkeit nachfühlen. Und der Hof war so still, daß man gar nicht glauben mochte, man sei in der Welt.

Madlena hatte den Tisch für drei gedeckt. Denn ihr Mann nahm, wenn er in der Stadt war, niemals etwas zu sich und kam hungrig, aufgeregt und bis ins Jurid. Wallenta aber mußte ganz bestimmt kommen. Denn nach solchen Fahrten begannen jene Beratungen, die bis in die tiefste Nacht währten.

Wallenta kam mit der Glocke sechs. Er hatte etwas Scheues den Tag, und seine Augen suchten beim Eintreten: „Der Bauer ist noch nicht wieder da?“ Die Madlena rührte sich kaum: „Nein.“

len, wenn den Merkmalen und reaktionär-bürgerlichen Bestrebungen nach Erhaltung der ehemaligen Landeseinheiten der Boden entzogen werden soll. Die Grundsätze, von der die revolutionäre Nationalversammlung bei der Projektierung der Gewerkschaft ausging, zielten auf die Durchführung einer Verwaltungsorganisation hin, die es ermöglichen soll, daß unsere Republik trotz ihrer nationalen Struktur sich im Innern im modernen und fortschrittlichen Geiste entwickeln könne, und daß den Bürgern anderer Nationalität eine gewisse Selbstverwaltung gewährt werde. Je länger die Durchführung des Ganges auf sich warten läßt, desto mehr wächst der reaktionäre Landespatritismus und desto mehr verschärft sich bei uns der Nationalitätskampf.

Die Kirche will ihre Schäflein beisammen halten. Nachdem die tschechischen Kompilger beim Papste ihren Obolus, ein Fährchen Eliwoid, einen mährischen Kuchen, ein Paar Pantoffeln und noch andere fromme Gaben abgeliefert hatten, holten sie sich ihre politischen Ratsschläge. Der Staatssekretär Gaspari erklärte, wie der „Nasinec“ berichtet, daß es sich nicht empfehle, von katholischen Parteien zu reden, da dies den Anschein erwecken könnte, als wollten diese im Namen der katholischen Kirchen auftreten. Auch empfahl Gaspari Einigkeit unter den Katholiken. „Pravdy Vecer“ das Meritale Abendblatt bemerkt dazu, daß die tschechische Partei, ähnlich wie die Kölner Richtung der Zentrumspartei in Deutschland, im wesentlichen immer daran festgehalten hat, daß die politischen Parteien in den einzelnen Ländern, auch wenn sie sich auf den Katholizismus stützen, selbständig vorgehen und nicht konfessionell sind, damit für ihre eventuellen Entgleisungen Kom nicht verantwortlich gemacht werden kann. „Für die großen politischen und sozialen Kämpfe“ bedürfe es einer politischen Partei. Es wäre aber nicht wohl daran getan, in das Parteigetriebe unnötigerweise die Kirche, deren Autorität und deren Dogmen hineinzuziehen. Diese hat, wie Kardinal Gaspari richtig bemerkte, ihr eigenes Feld der Betätigung, ihre eigene Tradition und ihr eigenes Programm für die bewegte revolutionäre Zeit, in der wir leben.“

Ausland.

Es lebe die vierte Internationale!

Bekanntlich hat sich der Septembertag der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, welche die vereinigte kommunistische Partei wütend bekämpfte, für die Schaffung einer kommunistischen Internationale (K. A. I.) ausgesprochen. Der Beschluß wurde mit Zustimmung der K. A. P. Hollands, der links-kommunistischen Partei Bulgariens und der revolutionären Kommunisten Jugoslawiens gefaßt. Zur Erledigung der Vorfragen hat die K. A. P. drei ihrer Mitglieder bestimmt, die als vorläufiges Organisationsbüro fungieren. Als besonders wichtige Aufgabe des Büros soll die Herausgabe einer Zeitschrift gelten. Das Büro hat zu diesem Zwecke die Monatschrift „Proletarier“ der K. A. P. D. übernommen, deren

erste Nummer demnächst erscheinen wird. Nach Schluß der vorbereitenden Arbeiten wird eine Internationale Konferenz einberufen. Damit werden also alle Vorarbeiten zu einer neuerlichen Spaltung der Arbeiterbewegung getroffen und die kommunistischen Parteien aller Länder können sehen, wohin die Forderung, die sie in die Arbeiterschaft der ganzen Welt getragen haben, führt.

Säuberung in der russischen kommunistischen Partei.

Das Petersburger kommunistische Organ „Pravda“ schreibt anlässlich der Konferenz der Petersburger Kommunisten, daß es besonderer Maßregeln bedürfe, um den Einfluß der Kommunisten in den Arbeiterkreisen zu stärken, der infolge der schwierigen Lebenslage stark abgenommen habe. Vermutlich um das gesunkene Ansehen der Sowjetbürokratie aufzufrischen, wird wieder einmal eine Säuberungsaktion in der kommunistischen Partei vorgenommen. Nach den russischen Berichten selbst jedoch wird die Säuberung nur in einem Teil der Gouvernements energisch durchgeführt, in anderen kümmern sich die lokalen Parteinstanzen nicht mehr um die Forderungen des Zentralkomitees. Ende 1920 wurden in 31 Gouvernements des europäischen Rußlands insgesamt 158.480 Mitglieder gezählt. Bemerkenswert ist, daß nur 11 Prozent der Mitglieder vor der Oktoberrevolution in die Partei eingetreten sind, sodas man die kommunistische Partei als die Partei der Oktobersozialisten bezeichnen kann. Von den Mitgliedern leisten 21 körperliche Arbeit, während sich die übrigen als Staatsbeamte, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre betätigen. Die russische kommunistische Partei ist also die ausgesprochene Partei der Partei- und Gewerkschaftsbongen, sowie der Sowjetbürokraten, also aller derjenigen, die, wie es im heimischen kommunistischen Jargon heißt, aus der Staatskrippe fressen. Ueberraschen muß die geringe Anzahl der Parteimitglieder. Damit wird den Kommunisten die Arbeit des Säuberens wohl erleichtert werden, denn wenn sie noch zwei- oder dreimal säubern werden, wird von der kommunistischen Partei nichts mehr übrig bleiben.

Ausland gegen die Bolschewiki?

Wien, 15. Oktober. (Ukrain. Presbureau). In Kasan ist ein allgemeiner Aufstand gegen die Bolschewiken ausgebrochen. An der Spitze der Aufständigen stehen die gewesenen zaristischen Offiziere Sierow, Sasanow und Blatakow. In dem militärischen Verbände Blatakows kämpfen hauptsächlich deutsche Kolonisten, Kirgisen und Tarenten. Weinahe das ganze Gebiet der Wolgadeutschen ist von Blatakow besetzt.

Der russische Handel.

Moskau, 15. Oktober. (Tsch. B.) Sinowjew führte gelegentlich einer Rede über die gegenwärtigen Verhältnisse aus: Für Petersburg ist allen Anzeichen nach die schwerste Periode vorüber. Die Sterblichkeit ist wieder auf die Vorkriegszahl gesunken. Im Hafen herrscht reges Leben. Aus dem Auslande sind schon 200 Dampfer eingelaufen. Petersburg muß wieder das Fenster Rußlands nach Europa werden.

Parteigenossen und Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechisch-polnischen Republik hat beschlossen, den

Parteitag

für Sonntag, den 13. November d. J. einzuberufen. Der Parteitag wird in Lettschen a. E. im Hotel „Stadt Prag“ am 13. November und die folgenden Tage abgehalten werden.

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums;
 - b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung;
 - c) Wahl einer Mandatsprüfungs-Kommission und einer Vorschlags-Kommission für die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
2. Berichte:
 - a) des Parteivorstandes; Berichterstatter Karl Cermak;
 - b) des Kassiers; Berichterstatter Dr. Rad Heller;
 - c) der Kontrolle; Berichterstatter Wilhelm Riehnert.
3. Die parlamentarische Tätigkeit, die politische Situation und unsere nächsten Aufgaben; Berichterstatter Dr. Ludwig Czoch.
4. Der Kampf um die Sozialversicherung; Berichterstatter Siegfried Laub.
5. Sozialdemokratische Gemeindepolitik; Berichterstatter Adolf Rejzner.
6. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft; Berichterstatter Wenzel Jaksch.
7. Der Wiederaufbau der Internationale; Berichterstatter Karl Cermak.
8. Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.
8. Allgemeine Anträge.

Laut § 29 des Organisationsstatutes sind selbständige Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag mindestens drei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Selbständige Anträge, die nach Ablauf obiger Frist oder erst auf dem Parteitag selbst gestellt werden, können nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Parteitag dies über Verlangen der Antragsteller beschließt. Im anderen Falle sind sie dem Parteivorstande zur Berichterstattung und Antragsstellung für den nächsten Parteitag zuzuwenden.

Wir ersuchen die Anmeldung der Delegierten an das sozialdemokratische Parteisekretariat, Teplitz-Schönan, Seilerstraße Nr. 1, vorzunehmen. An welche Adresse die Zuschriften wegen der Beschaffung von Wohnungen zu richten sind, wird rechtzeitig durch die Parteipresse bekanntgegeben werden.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß:
Die Einberufer:
Gusti Burok, Karl Cermak, Dr. Ludwig Czoch, Theodor Hadenberg, Dr. Carl Heller, Oswald Hillebrand, Hans Joll, Franz Köppler, Karl Lorenz, Dr. Ludwig Morgenstern, Anna Perthen, Elise Platschel, Adolf Pohl.

„Er könnt's aber schon sein. Es ist ihm doch nichts geschehen?“

„Was kann ihm geschehen sein? Nicht einmal ein Wasser geht in der Nähe. Die Straße ist eben wie ein Brett, und die Pferde sind fromm.“

„Ich bin aber doch immer in Sorgen um ihn.“

„So? Immer in Sorgen seid Ihr um ihn? Muß ihn freuen.“

Das war so geredet, damit man nur nicht schweige. Sie wußten's beide wohl. Der Burche lief einigemal die Stube in einer springenden Unruhe durch. Dann setzte er sich, stützte den Kopf mit den struppigen, blonden Haaren, die sich zu einem Sahnenkamm sträubten, in die Hände und sah zu Boden. Die Vorgesamtheit an der Wand tickte hell und eifertig. Man sah nur das blanke Messing des Perpendikels hell und glühend und wie freischwebend durch die Luft tanzen. Und die Madlena nahm sich ein Herz. Recht schonend wollte sie mit ihm reden, und da fuhr es ihr heraus: „Wallenta, einer ist zu viel im Haus.“

Er rührte sich nicht: „So schafft ihn ab.“

„Das tu' ich eben.“

„So? Das tut Ihr eben?“

„Es geht nicht mehr, Wallenta. Alles mögliche redet er sich ein in seinem kranken Kopf. Und es ist doch kein wahres Wort daran.“

Er hob den Kopf mit einer leisen Bewegung nur so weit, daß er noch im Dunkeln blieb: „Es geht nicht mehr, nein, Aber er braucht mich.“

„Ihr könntet doch weiter mit ihm sein. Und ewig wolltet Ihr doch nicht im Dorf bleiben, mein' ich.“

„Nein, ewig will ich hier gewiß nicht verbleiben.“

„Er soll sich derweil zum Lichtenstern führen lassen. Wozu hat er denn die Dummel,

die Knechte? Dort trinkt er noch oder nur sehr wenig, weil er's immer gleich bezahlen muß, und er steckt die Hand nicht gern in den Sad. Hier trinkt er, und das tut ihm schaden.“

„Ja, schaden tut's ihm“, wiederholte der Burche. Es war etwas Spöttisches dabei in seiner Stimme. Beide schwiegen, und beide horchten, ob sich durch die große Stille nicht endlich das Rollen eines Wagens näherte. Und beider Atem ging schneller. Denn die Madlena fühlte sich erleichtert, als wäre das Schlimmste hinter ihr.

„Also, Ihr werdet das so machen, Wallenta?“

„Ja, ich werde das so machen. Denn ich weiß schon: wenn und wo einer zu viel ist, da bin's immer ich.“

„Hier seid Ihr's einmal“, entgegnete sie bestimmt.

„Wenn er mich aber um den Grund fragen wird? Denn er ist ein verreckter Mensch und will alles wissen.“

„So antwortet ihm, was Ihr wollt. Sagt ihm meinesthalten, Ihr habt es satt, Euch immer von mir und Anneschka Gefächter schneiden zu lassen“, und sie lächelte.

„Werb' ich ihm sagen. Das hab' ich auch satt“, und auch er lächelte.

„Die Hand darauf, Wallenta!“

Er schlug ein. Das für eine Kraft nur in seinem Händedruck war! Sie konnte ihr Hand durchaus nicht losmachen und bekam nur Herzklopfen und einen kurzen Atem von ihren Bemühungen. Er aber stand vor ihr, mit voll ausgeschlagenen Augen und mit einem eigentümlichen, lauernden Zug um die Lippen. Ins Gesicht schlagen sollte man ihn dafür, dachte sie, und hob die freie Hand zu einer müden Armbeugung. „Ihr müßt mich nicht so ansehen, Wallenta“, flüsterte sie.

Er neigte sich ihr zu, wie um sie besser zu hören: „Und warum nicht?“

„Ich leid's nicht. So sieht man keine Frau an.“

Er antwortete nicht, nur fest hielt er sie, und ihr ward immer schwüler und beklommener dabei. Wenn der Wagen nur käme! dachte sie. Und es ging wie ein Zug von seiner Rechten zu ihrer, ein Zug, der sie irgendwohin riß, dem sie gegen ihren Willen folgen mußte. Wenn sie nur etwas gewußt hätte, womit dieses sonderbare Rätseln verdecken, das sie so empörte, Und nun stand er hart an ihr: „Und mein Lehgheld, Madlena?“

Es war spät abends, als der Wagen hielt und der Bauer mit Anneschka heimkam.

Man ah zu Nacht, wie sonst. Das Kind ward zur Ruhe gebracht. Japletal aber war sehr vergnügt. Das System Wallentas begann sich zu bewähren. Schon hatte der Graf erklärt, diese Fädel seien ihm esshaft und erlebten ihm seinen ganzen Besitz trotz der ausgezeichneten Jagd. „Ein Kerlchen bist du, Cyrillka! Laßt sich immer wieder was einfallen. Nur vorwärts!“ Und er schlug ihn wohlwollend auf die Schulter.

Chrill und die Frau zuckten zusammen. Der Bauer stuzte, schwadronierte aber weiter. Wie betrunken war er vor Aufregung und argwöhnisch, wie ein Berauschter, der so weit seiner mächtig ist, um sich zu fürchten, man könne seinen Zustand mißbrauchen und ihm was antun wollen. Es kam langsam etwas Stockendes in seine Veredsamkeit und ein Verdacht in seine Augen. Wallenta sah schweigend und wenig aufmerksam da und schielte immer wieder nach der Bäuerin. Der fielen die Haare tief in die Stirn. Die Augen glühten, und etwas sehr Entschlossenes war an ihr.

Fortsetzung folgt.

Teilung Oberschlesiens.

Berliner Parteien und Pressestimmen.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute ist in Berlin offiziell bekannt geworden, daß die Alliierten am Dienstag der deutschen Regierung die Entscheidung über die Aufteilung Oberschlesiens notifizieren werden. Die Notifikation soll gleichzeitig in Berlin und Warschau erfolgen. Gleichzeitig soll die deutsche und die polnische Regierung aufgefordert werden, am Donnerstag mit der Besetzung und Verwaltung der ihnen nach der Aufteilung Oberschlesiens zugesprochenen Gebiete zu beginnen. Der Vorkonferenzschuß des Reichstages ist für Montag Vormittag zu einer Sitzung einberufen, in der der Termin für die Einberufung des Reichstages festgesetzt werden soll. Man nimmt an, daß der Reichstag nächsten Freitag zusammentreten werde.

Der deutschnationalistische Parteiführer Hert hat gestern abends in einer Wählerversammlung für die morgigen Stadtverordnetenwahlen die Parole ausgegeben: „Das Ministerium Wirth ist erledigt und muß erledigt bleiben.“ Die reaktionäre Presse schließt sich dieser Parole an und berichtet schon, daß die Gesamtbemission des Kabinetts erfolgen werde. Vor Montag sei diese aber nicht zu erwarten. So weit scheinen aber die Dinge in Wahrheit noch nicht zu stehen. Das Zentrum und die Demokratie habe sich der Auffassung des Reichskanzlers angeschlossen, daß der etwaige Rücktritt des Kabinetts über die Entscheidung in Oberschlesien abhängig gemacht werden soll. Der „Vorwärts“ verlangt demgegenüber, daß Wirth bleiben müsse. Es gebe allerdings auch unter den jetzigen Koalitionsparteien Politiker, die aus parteipolitischen Gründen so manövrieren mögen, daß als schlechtes Ergebnis die Erfüllung des Wunsches der innerpolitischen Katastrophemacher von rechts kaum ausbleiben könne. Es läge also für die Partei darauf an, das Kabinett Wirth zu unterstützen und gegen den Ansturm seiner persönlichen Gegner von der Rechten zu verteidigen.

Von der bürgerlichen Presse ist es lediglich die demokratische „Vossische Zeitung“, die zur Ruhe mahnt. Sie schreibt, daß die Hoffnungen, die man in gewissen deutschen Kreisen auf England gesetzt habe, von vornherein unberechtigt und politisch naiv gewesen seien. Wenn die Entscheidung in der oberschlesischen Frage anders und für uns ungünstiger geregelt wird, als England von vornherein zu wollen schien, so hat die britische Regierung zweifellos ihre politischen Gründe gehabt, diese Forderung zuzulassen oder zu billigen. Die angelsächsische Weltpolitik ist in den letzten Monaten vor der Washingtoner Konferenz gestanden und das oberschlesische Problem war für sie nur eine Karte neben den anderen. Das oberschlesische Problem sei von sehr beträchtlichem Gewicht als europäische Frage, aber es trete innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Weltinteressen der Angelsachsen weit zurück. England aber treibe niemals deutschfreundliche und es treibe erst in zweiter Linie europäische Politik. Diese Stellungnahme der „Vossischen Zeitung“ erklärt sich daraus, daß das Blatt von jeher den Anschluß Deutschlands an Frankreich mit der Spitze gegen England propagierte. Die „Freiheit“ schreibt: „Es wäre ein hinverbranntes Beginnen, nach dem Entschieden des Völkerbundes, den die Vorkonferenz sich sicherlich zu eigen machen wird, der Entente und dem Völkerbunde den Kampf anzusagen. Die oberschlesische Frage sei gewiß nicht von der Entente aus Liebe zur Gerechtigkeit aufs Tapet gebracht worden. Von Anfang an war der Zweck der Uebung die Absicht einer weiteren Schwächung Deutschlands. Die Leute aber, die jetzt über das große Unrecht zeternd, scheinen noch nicht begriffen zu haben, daß der Friedensvertrag mit Recht und Gerechtigkeit nicht das mindeste zu tun hat, daß infolgedessen auch Deutschland nicht das Recht, sondern die Uebermacht zu spüren bekommt, sollten doch auf einen klaren Augenblick sich vergewissern, was die deutschen Annetktionisten geleistet haben, als sie noch im blinden Glauben an Ludendorffs Uebermenschenum sich dem törichtsten Wahn hingaben. Deutschland könne halb Europa annectieren. Es wäre ein Verbrechen am deutschen Volke, jetzt aufs neue eine Desperadopolitik anzulegen und obendrein in einem Augenblick, wo Deutschland von dem Gefahren eines Ruins der Produktion bedroht sei.“

Spottet seiner selbst und weiß nicht wo.

London, 15. Oktober. (Reuter.) Balfour äußerte sich zu Journalisten über die Entscheidung des Völkerbundes und sprach u. a. die Ueberzeugung aus, daß mit ein wenig gesundem Verstand und Umsicht die Deutschen und die Polen das Funktionieren des vorgeschlagenen Systems verwirklichen könnten. Er erinnerte daran, daß das Teschen-Industriegebiet ebenfalls zerschnitten wurde und der Plan sich genug gut bewährt habe. Er hofft, daß der Geist, der die Polen und Tschechoslowaken im Teschener Land besetzt, in gleicher Weise die Polen und Deutschen in Oberschlesien beherrschen wird. (Wenn Balfour keinen andern Zeugen für die Weisheit des Genfer Vorschlages anzuführen weiß, steht es traurig um die Weisheit des Genfer Vorschlages. Denn einmal löst in den Polen wegen des „Raubes“ geheime Wut und dann stirbt, was wichtiger ist, der polnische Teil Teschens ab, Tschynow und Freistadt in der tschechischen Hälfte stehen vor dem Ruin. D. Red.)

Kurssturz der Mark.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die katastrophalen Kursstürze der deutschen Mark wachsen ununterbrochen. An der heutigen Berliner Börse ist der Dollar auf 170 Mark, der holländische Gulden auf über 50 Mark, das englische Pfund bis auf 565 Mark gestiegen. Demgegenüber ist bemerkenswert, daß die Kurse für das Obgeld entweder stehen geblieben oder zurückgegangen sind. International bewertet würde das also bedeuten, daß auch die Baluta der ostpreussischen Staaten vom Rückgang der deutschen Baluta in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Die Goldbarthei der deutschen Industrie.

Das Berliner Tageblatt bringt eine Meldung einer Berliner Korrespondenz, wonach die deutsche Industrie eine Anleihe von 500 Millionen Dollars gegen entsprechende Verzinsung und bei etwa 10jähriger Amortisation aufnehmen wolle. Sie setze dabei voraus, daß sich die Landwirtschaft einer Beteiligung an der Aktion nicht entziehen, sondern entsprechend mitwirken wird.

Wiedergutmachung in Sachwerten.

London, 14. Okt. (Reuter.) Bekanntlich hat hat Rathenau das Angebot gemacht, daß Deutschland einen Betrag von 47 Millionen Pfund Sterling, den es schuldet, in Naturalien bezahle. Die betreffenden Konferenzen haben begonnen. Die Industriellen erklärten bei diesen, daß Zahlungen in Rohstoffen statt in Fertigwaren, den Markkurs drücken würden. Einige Minister sprachen sich zustimmend aus.

Münchener Enthüllungen.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die „Münchener Post“ legt die Enthüllungen über die reaktionären Umtriebe unter der früheren Regierung fort. Sie teilt heute mit, daß der Günstling des ehemaligen Ministerpräsidenten Bahrt, der preussische Landesleiter der Einwohnerwehr Kanzer einen stiefbrüchlich verfolgten Leutnant namens Brand bei sich versteckt gehalten habe. Nicht allein gegen Kanzer, sondern auch gegen Bahrt dürfte das Gerichtsverfahren in dieser Sache eingeleitet werden.

Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Nationalistische Demonstrationen.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Der Ausnahmezustand in Bayern ist heute aufgehoben worden. Aber die Verhöhnung der Republik durch die rechtsstehenden Parteien wird fortgesetzt. Am Sonntag und Donnerstag wurden militärisch-nationalistische Demonstrationen veranstaltet, bei denen auch die Reichswehr mitwirkte und Paradezüge übte.

Berliner Wörderzentrale.

Berlin, 15. Oktober. Vor der Berliner Staatsanwaltschaft ist gegen den Führer der Hundertschaft, Hauptmann Stennes, und Genossen die Voruntersuchung wegen Waffenhinterziehung und Geheimhändelei eröffnet worden. Gegen die Hundertschaft schwebt bekanntlich ein Verfahren wegen der Ermordung eines ihres Angehörigen, des Wachmeisters Buchholz.

Die Kartoffelkrise.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) In den letzten Tagen hat sich die Kartoffelkrise zuspitzt. Die Preise steigen unausgesetzt, das Angebot ist schwach. Es handelt sich um eine systematische Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Produzenten. Wie auch der preussische Ministerpräsident Stegerwald selbst erklärt, ist der Wunsch nach hohen Preisen der wahre Grund für alle Schwierigkeiten, unter denen die Masse der Bevölkerung so gewaltig leidet und die noch viel größer werden, wenn nichts geschieht. Die Regierung scheint nichts tun zu wollen, sie hat als Grund den Mangel an Verlaberäumen angegeben und nichts unternommen, um den schamlosen Wucher der Produzenten zu unterbinden. Gestern hat im Ernährungsministerium eine Sitzung mit den Vertretern des allgemeinen Gewerkschaftsbundes stattgefunden, die der erregten

Stimmung der Bevölkerung über diese Zustände Ausdruck verlieh. Minister Diermeis stellte in Aussicht, daß die Belieferung sich bessern werde und daß man auch die Frage erörtern werde, wie die Preisbildungsstellen den Wucher beim Handel mit Kartoffeln unterbinden könnten. Mit diesen unbestimmten Erklärungen können sich die Konsumenten nicht zufrieden geben, sondern es werden schärfere Mittel angewendet werden müssen, um die Versorgung mit Kartoffeln sicherzustellen.

Teuerungstrawalle in Wien.

Wien, 15. Oktober. (Tsch. P.-B.) Im 10. Bezirk kam es heute in der Favoritenstraße vor einem nicht geöffneten Geschäft zu Kundgebungen. Gegen Mittag zogen etwa 300 Frauen mit Kindern, durch Rufe gegen die Teuerung demonstrierend, durch die Luxemburgstraße zum Viktor Adlerplatz. Auf dem Wege dahin zertrümmerten sie die Fenster eines Kaffeehauses.

Der Fall Katonik.

Wien, 15. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die schwarzgelben Christlich-sozialen Deutscher Reichs haben einen gewissen Hans Katonik, nachgewiesenermaßen einen Agenten und Werber für die ungarischen Legitimisten, in den Staatsdienst aufgenommen. Diese skandalöse Begünstigung des monarchistischen Zuträbers hat schon in der Nationalversammlung zu heftigen Szenen geführt. Weiterungen stehen nun bevor. Eine Abordnung der Arbeiter, Kerzte und des Pflegepersonal der Anstalten der Staatsbeamtenkrankenkasse begab sich heute wegen des Falles Katonik zum Minister für soziale Verwaltung, den sie nicht antraf, und auch zum Bundeskanzler, um die Entlassung des Katonik und des Personalreferenten Tomasek zu verlangen, der nur solche Beamte anstelle, welche von der Frontkämpfervereinnigung empfohlen werden. Da der Bundeskanzler sie lange warten ließ, entfernten sie sich und es dürfte zum Streik in den Anstalten kommen.

Burgenland.

Torretta Urteil.

Rom, 14. Oktober. (Stef.) Minister della Torretta äußerte in einer Unterredung mit einem Reaktor des „Giornale d'Italia“ seine Ueberzeugung, daß die Große Entente durch das Benediger Abkommen eine schwere Episode überstanden habe. Auch die Kleine Entente kann uns dankbar sein, denn eine Verschlimmerung der Krise hätte eine Gefahr für den Frieden in Zentraleuropa hervorgerufen. Italien, welches Früchte des Sieges geerntet habe, wolle sie auch durch seine wachsame Aktion behalten, indem es den Regierungen aller Nachfolgestaaten Oesterreichs zu verstehen gebe, daß der neue Zustand nicht verlegt werden dürfe. Der Minister bemerkte weiters: Wir werden jeden Versuch, der durch die Friedensverträge von St. Germain und Trianon hergeleitete Gleichgewicht zu verlegen, unterdrücken. Wir werden aber stets eine freundschaftliche Politik gegenüber sämtlichen Nachfolgestaaten betreiben. Della Torretta wünscht Italien, es möge gegenüber den Donau- und Balkanstaaten eine ausdauernde und feste Politik verfolgen. Auf diese Weise wird es uns gelingen, den Nachfolgestaaten verständlich zu machen, daß Italien eine Großmacht ist, welche insbesondere dazu bestimmt ist, ihnen zu helfen und sie zu fördern. Deshalb können wir auf den Erfolg unserer Vermittlung stolz sein.

Jugoslawische Stimmen.

Graz, 15. Oktober. Die „Graz Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die jugoslawische Presse betrachtet das Ergebnis der Konferenz von Venedig als einen Erfolg der Politik Italiens gegenüber Jugoslawien und der tschechoslowakischen Republik. Sie legt dem Abkommen von Venedig keine dauernde politische Bedeutung bei, da sie überzeugt ist, daß Magharien auch weiterhin an seiner bisherigen Politik festhalten werde. Das sich auf Italien stützende Magharien werde umso herausfordernder sein.

Italienisch-jugoslawische Spannung.

Belgrad, 14. Oktober. Da die italienische Regierung keine slowenischen Schulen in Istrien gestattet, ordnete der Kultusminister an, daß die italienischen Schulen auf der Insel Veglia nicht eröffnet werden.

Belgrad, 14. Oktober. (Jug. Pressb.) Da Italien neuerdings den Hasen von Baros besetzt hat, hat das Verkehrsministerium die Einstellung der Eisenbahnverbindung mit Triume angeordnet.

Graz, 15. Oktober. Die „Graz Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die Belgrader Meldung, nach welcher die Vorkonferenz Stutari Albanien zugesprochen habe, hat in den politischen Kreisen äußersten Unwillen hervorgerufen. Die jugoslawische Regierung sandte sofort an die Vorkonferenzkonferenz eine Note, in welcher sie erklärte, Jugoslawien werde nie-

mals einer Festsetzung der albanischen Grenze ohne Mitwirkung der jugoslawischen Regierung anerkennen.

Günstige Aussichten der irischen Verhandlungen.

London, 15. Oktober. (Funk.) Die irische Konferenz hat zufriedenstellende Ergebnisse zu verzeichnen. Die Präliminarien sind geregelt und Montag wird die Konferenz die Beratung über die Stellung Irlands innerhalb des großbritannischen Reiches beginnen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Konstantinopel, 13. Oktober. (Havas.) Die Nachricht, daß die griechische Armee im Salariabschnitte einen großen Sieg davon getragen hat, wird amtlich für unrichtig erklärt, die Türken setzten vielmehr ihren Vormarsch fort.

Kampf der Eisenbahner.

Kundgebung der Vertreter der Rahmenorganisationen der Eisenbahnbediensteten über den Kampf des Eisenbahnpersonals mit der Staatsbahnverwaltung.

Der Kampf der Eisenbahner ist nicht beendet. Die Verhandlungen mit der Staatsbahnverwaltung unter Mitwirkung des Ministerpräsidenten Dr. Benesch und Vertretern der politischen Parteien werden fortgesetzt.

Damit die Öffentlichkeit richtig informiert wird, erklären die Vertreter der Rahmenorganisationen, daß es sich in dieser Bewegung um folgende strittige Fragen handelt:

1. Eine richtige Auslegung des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit;
 2. den Einspruch gegen die Ergebnisse der Normierungskommisionen;
 3. den Protest gegen die Entlassung des überzähligen Personals;
 4. die Wiederaufnahme der vom Militärdienste zurückkehrenden Eisenbahnbediensteten;
 5. die Kürzung der Wartezeiten für eine Reihe Kategorien als: Stations- und Magazinsdiener, Lampisten, Wächter, Parteiführer bei den Wagenputzpartien und Gepäckträger, sowie der qualifizierten Hilfsarbeiter in den Werkstätten;
 6. die Erweiterung der Stabilisierung auch für jene Arbeiter und Bedienstete, die die zweieinhalb- bis fünfjährige Wartezeit am 1. Jänner 1921 erreicht haben, sowie die Zuerkennung von Arbeitskleidern für die Reustabilisierten;
 7. die Vermehrung und Erweiterung der systematisierten Beamtenposten;
 8. die Umreihung der Alpensteinsten laut dem Gesetz vom 3. März 1921, Pro. 99, bezw. deren Durchführung mit größtmöglicher Beschleunigung;
 9. die Verlegung der Bekleidungsaktionstraten auf einen späteren günstigeren Zeitpunkt;
 10. Reformen in Angelegenheiten der Ernährung der Eisenbahnbediensteten;
 11. beschleunigte Durchführung der Unifikation der Bediensteten in der Slowakei und der Kaschau-Oderberger Bahn mit finanzieller Wirkung vom 1. Jänner 1921;
 12. Ernennung einer Reihe qualifizierter Kategorien als Wagenmeister, Werführer, Maschinisten und Beleuchtungsmeister zu Beamten, analog den gleichartigen Kategorien;
 13. die Weglassung der zwei, bezw. einjährigen Verwendung als Zugführer als Bedingung für die Ernennung der Zugführer und Manipulanten zu Beamten.
- In Konsequenz der am 13. Oktober l. J. unter dem Vorstehe des Eisenbahnministers über obgenannte strittige Fragen geführten Verhandlungen haben die Vertreter der Rahmenorganisationen die Ueberzeugung gewonnen, daß für die weiteren Verhandlungen, die mit dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch am 17. Oktober l. J. stattfinden werden, die bisher bestehenden Hindernisse beseitigt werden und so konnten die Organisationsvertreter am 15. Oktober den versammelten Vertrauensmännern das Abwarten einer befriedigenden Beendigung des Kampfes anempfehlen.
- Den Tatsachen gemäß erklären die Vertreter der Rahmenorganisationen, daß die Durchführung der Dienstjahre in Durchführung begriffen ist und daß die Vertreter hierüber verlässlich informiert wurden, daß die Auszahlung der Mehrbeträge so durchgeführt wird, daß die Bediensteten bis Ende dieses Jahres bereits in den Genuß der höheren Bezüge oder eines Teiles derselben gelangen werden.
- Verband der Eisenbahner:
 E. Grünzner, M. Cech.
 Jednota ziz. druz.
 F. Burival, S. Prohaska.
 Unie zel. jamnestnancu.
 W. Brodeckh, F. Stanel.
 Spolek cf. uedniatva.
 B. Polozny, D. Zrcmar.

Tages-Neuigkeiten.

„Versöhnungs“-Tag in Teschen. Man schreibt uns: Die jüdische Kultusgemeinde von Teschen war in arge Verlegenheit gekommen, weil ihr Kantor von heute auf morgen eine viel besser bezahlte Stelle angenommen hatte u. die Gemeinde nicht wollte, wer am Versöhnungstag vorbereiten sollte. Endlich fand sich ein ehemaliger Kantor, der es aber in den letzten Jahren vorgezogen hatte, zu handeln statt zu singen, und sich deshalb nicht die Kraft zutraute, den ganzen „langen Tag“ über ununterbrochen zu psalmisieren. Er stellte also das unerhörte Verlangen, ab und zu vom Orgelspiel abgelöst zu werden, und, man denke! — in der Vorbereitungsstunde stimmte der Rabbi zu, trotzdem seit Westbestehen bisher noch nie im Teschener Tempel am Versöhnungstag auf der Orgel „gearbeitet“ worden war. Der große Tag kam, die Frommen töteten, der Rabbi brütete, der Kantor sang kunstgerechte Tremoli. Blödsinnig, o Graus, gerade um die siebente Morgenstunde setzte die Orgel ein. Als freischützliche Beelzebub mitten in die fromme Versammlung hinein, erstarrten die Väter. Der Rabbi raffte würdevoll seinen Kasan zusammen und steuerte aus dem entweihten Raum der Türe zu, das gab dem Unterkantor das Signal, sich mit dem Schlächtruf „Du Hund, Du Sünder, Du, Du!“ auf den Freier und Konkurrenten Oberkantor zu stürzen und auf ihn loszuschlagen. Worauf sich wieder einige würdige Säppler der Gemeinde auf den Prägeluden stürzten und ihn hinausbeförderten, doch auch der orgeliebende Oberkantor mußte weichen. Und ohne Gesang und Tremolo beteten Rabbi und Religionslehrer den Versöhnungstage zu Ende, an dem die Teschner Jüdischheit ihre Versöhnlichkeit und Friedfertigkeit so herrlich bewiesen hatte.

Weißer Schmach. Unsere „Kultur“welt schrie und entrüstete sich, als im besetzten Gebiet sich Fälle ereigneten, wo eine verirrte Soldateska Frauen überfiel und vergewaltigte. Dieselbe Welt sieht aber gelassen zu, daß alljährlich eine große Anzahl junger Mädchen von gewissenlosen Männern beschwagt, gebraucht und nachher „sitzen“ gelassen wird. Was treiben sich die Weiber auch umher! Wie groß die Schuld der Gesellschaft, die sich zivilisiert nennt, an solchen Mädchen ist, davon reden die vielen Hunderte von Neugeburteten, Kinderaussetzungen, Waisen- und Findelhäuser eine erschütternde Sprache. Die Mütter enden als „Verworfenen“, „Gefallenen“ und die von ihnen geborenen Kinder gelten als minderwertige Menschen. Daran haben alle Reformbestrebungen bis heute nichts ändern können, die menschliche Unnatur erwies sich als stärker denn alle Ideale. Der Hamburger Polizeibericht vom Freitag meldet die Verhaftung eines 25 Jahre alten Dienstmädchens Gertrud N., das ihr Kind in der Herpsoldstraße ausgeföhrt hatte. Nachdem ihre Herrschaft sie wegen Schwangerschaft entlassen hatte und andere Leute sie unter „solchen Umständen“ nicht aufnehmen wollten, blieb ihr nichts anderes denn die Aussetzung übrig, da auch eine Fürsorgestätte sich weigerte, Mutter und Kind aufzunehmen. Die wenigen Ersparnisse waren bald aufgezehrt. Wie die Mutter jedoch um ihr Kind besorgt war, sei daran gezeigt, daß sie ihm auf Schritt und Tritt folgte, um zu sehen, was mit ihm geschehe, und dann hat sie sich der Polizei selbst gestellt, um bei ihm zu bleiben. Das ist fürwahr ein Bild mütterlicher Liebe. Die noch heute geltenden Strafbestimmungen aber treffen solche Mütter hart, die hilflos und von allen verlassen, einen derartigen Schritt tun. Es wird höchste Zeit, daß solchen Frauen geholfen wird. Solange das nicht geschieht, mutet das Geschrei der schwarzen Schmach eigenartig an. Die weiße ist so verbreitet, daß man sie nicht so hart empfindet. Kultur?!

Der Jesuitenpater läßt sich von Juden kaufen. Eine der großen Unternehmungen des „christlichen“ Kurzes in Horstby-Ungarn war die Abschaffung der „destruktiven“ Lichtspieltheater. Durch eine Verordnung des Ministers des Innern wurde die Lizenz vieler „destruktiven“ Kinobesitzer entzogen; es wurden ihnen Gebäude, Maschinen, Einrichtungen abgenommen und verfallenen Weichwaiden zugeführt. Diese christlichnationalen „Sozialisierung“ trug dem Kurze den Epitheton des weisen Weisheitsmannes ein, und wie zu den meisten Weisheitsmannern und schmutzigen Geschäften hat auch zu diesem ein Ententefunktionär, der britische Herr Stead, die Mauer gemacht. Er hat etwa 15 Lichtspieltheater an sich und seine Gesellschaft gebracht und sich nach diesem verheißungsvollen Anfang vollständig den Schieber- und Jobbergeschäften zugewendet. Der lauteste Rufer in diesem Streit gegen die destruktiven Kinobesitzer war die „christliche Presse“. Nun hat das Blatt „U. Ost“, ein humiligeres, aber gewandteres Blatt als die „Christlichen“, festgesetzt, daß, während die christlichen Blätter in ihrem redaktionellen Teil diese „Sozialisierung“ der Lichtspieltheater betrie-

ben, sie gleichzeitig an den destruktiven Kinobesitzern ausgiebige Erpressungen verübt haben. Es veröffentlicht nämlich die Quittungen über die Summen, die die christlichen Blätter für die Veröffentlichung einer Denkschrift der enteigneten Kinobesitzer erpreßt haben. So haben die Blätter „Remzeti Uisog“ und „Uj Remszedel“ 30.000 Kronen, das Blatt „Uj Nap“ 10.000 Kronen von den jüdischen Kinobesitzern erhalten. Diese drei Blätter bilden das Eigentum des „Katholischen Presseunternehmens“, deren Oberleitung bei dem Jesuitenpater Bangha liegt. Das Blatt „Szozat“, das Organ der Offiziersvereinigung „Möve“, erhielt 10.000 Kronen, während Friedrichs Organ „Birtadat“ 50.000 Kronen erpreßte. Keine der christlichen Zeitungen wagt die Enthüllungen zu bestreiten. Diese Pressenormal ist nur eine würdige Ergänzung der politischen und sittlichen Auffassung eines im Geiste des Christentums „erneuerten“ Landes.

Vorkäufliches Ende der Gutarbeiterbewegung in Neutitschein. Donnerstag, den 13. d. M., fand die Gutarbeiterbewegung in Neutitschein, welche durch das unqualifizierbare Vorgehen der Firma Hüdel gegen ihre Arbeiter hervorgerufen wurde und alle vier Gutfabriken der Stadt in Mitleidenschaft zog, nach langwierigen Verhandlungen bei der politischen Bezirksverwaltung — in die übrigens wegen dieser Vorfälle ein neuer Bezirkshauptmann gesetzt wurde — ihren Abschluß. Zu diesen Verhandlungen war Ministerialrat Sandruzel aus Prag und Gewerbeinspektor Dr. Jmlauf aus Oltau delegiert worden. Von den Organisationen waren die tschechischen Sekretäre Uhlir und Ruffel, die deutschen Sekretäre Schiller, Ritschmann und Koller zu den Verhandlungen delegiert worden. Die Verhandlungen mit der Firma Hüdel zogen sich drei Stunden hin und führten zu der Vereinbarung, daß die zwei entlassenen Vertrauensmänner erst dann wieder aufgenommen werden sollen, bis die gerichtlichen Erhebungen ihre Schuldlosigkeit erwiesen haben werden. Unter dieser Bedingung erklärte auch die Betriebsversammlung am Abend, die Arbeit am nächsten Tag aufzunehmen. Schwieriger gestalteten sich dann die Verhandlungen mit der Firma Hüdel, die hartnäckig auf ihrem Standpunkte beharrte, daß der Arbeiterschaft jede Betätigung für ihre Organisation im Betriebe untersagt wird. Die Firma ging auch von dem Verlangen nicht ab, daß selbst in der freien Zeit des Arbeiters jede derartige Handlung mit Entlassung geahndet wird. Dies bedeutet eine unerhörte Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter. Dadurch wird der Betrieb in ständiger Unruhe erhalten. Die ganze Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Es muß doch einmal festgestellt werden, ob die Firma über jedem Gesetze steht. Mit welchem Anstand die Firma die Behörden mißbraucht, zeigt das Beispiel, daß sie den entlassenen Arbeitern in einer Kundmachung das Betreten des Betriebes verboten hat, gleichzeitig aber deren Lohn mit einer Zuschrift an das Bezirksgericht schickt, in der es heißt, daß sich die Arbeiter den Lohn wahrscheinlich nicht abholen werden und dessen Annahme durch die Post verweigern dürften, weshalb ihn das Gericht auszahlen möge. Die Firma degretiert also nicht nur ihre Arbeiter zu Sklaven, sondern auch die Behörden zu ihren Bedienten. — Die Verhandlungen wurden abgebrochen und da die Arbeiter der Firmen Hüdel und Beschel nicht im Streit standen, scheint nun die Bewegung beigelegt.

Der Streik in der Maschinenfabrikfirma Sedlaecel in Brünn, wurde nach einer Mittelnung des tschechischen Prekbüros beigelegt, da bei den Verhandlungen des Metallindustriellenverbandes in Tepliz-Schönan eine Vereinbarung erzielt wurde. Infolgedessen wurde am 14. d. die Arbeit in der Fabrik wieder aufgenommen.

Opfer des Militarismus. Die vorgestrigte Explosionskatastrophe im Fort Rudeni bei Bukarest fällt, wie die folgenden Einzelheiten ergeben, vollständig dem Militarismus zur Last. Am Fort war eine Batterie aufgestellt und ein Munitionslager untergebracht, das nach dem Abgang der Deutschen aus Rumänien dort verblieben war. Es ist festgestellt, daß die Ursache des Unglücks die Unachtsamkeit eines im Lager beschäftigten Arbeiters war. Der Brand dauerte zwei Tage und das Fort wurde durch die Explosion vollkommen zerstört. Im Nordteil von Bukarest wurden durch die Lufterschütterung zahlreiche Fenster zertrümmert und Mauern beschädigt. Bisher wurden aus den Trümmern 15 Tote und 11 Verwundete geborgen, 12 Soldaten und Arbeiter werden vermißt.

Kommunistische Versammlung. Auf der Sophieninsel fand Freitag abends um sieben Uhr eine kommunistische Versammlung statt. Nach ihrer Beendigung zogen etwa dreihundert Teilnehmer, Arbeiterlieder singend, durch die Nationalstraße zum Wenzelsplatz, wo bei der Wenzelsstatue die kommunistische Arbeiterhymne gesungen wurde und fortliche eine Ansprache hielt, in der er gegen die Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Tausil protestierte. Nach seiner Rede gingen die Arbeiter ruhig auseinander.

Opfer der Arbeit. Bei dem Neubau des Hauses „na Drobci“ in der Altstadt fiel beim Bewerfen der Mauern des vierten Stockwerkes gestern um

die sechste Vormittagsstunde der neunundzwanzigjährige Maurer Franz Lich aus Weinberge vom Gerüste auf das Pflaster herab und blieb sofort tot liegen. Die Leiche wurde in das pathologische Institut überführt. An der Unglücksstätte fand sich eine Gerichtskommission ein.

Einbruchdiebstahl. In der Nacht auf Samstag brachen in das Geschäft des Silberhändlers Rudolf Eisner in Deutsch-Wagram Diebe ein, welche die Kasse anbohrten und daraus 91.000 Kronen, 10.000 Mark, einige goldene schwedische Münzen, weitere ukrainische Münzen, 3000 österreichische gestempelte Kronen, 300 ungestempelte Kronen, zwei goldene Damenuhren, eine goldene Uhr „Glashütte“ mit goldener Kette, 5 Brillantringe, 1 goldene Damenohr mit Brillanten, etwa 10 Dollar und andere Dinge ertrugen. Die Täter sind dem Aufsehen nach fremde.

Kleine Chronik.

Das Wien der Schieber und Fälscher. Die Wiener Blätter bringen die Meldung von einer neuen Millionenbetrugsaffäre, deren Opfer Wiener Bankhäuser sind. Ein hervorragender Funktionär einer westeuropäischen Mission in Wien hat einige Banken um Beträge gebracht, deren Höhe auf nahezu eine Milliarde beziffert wird. Die Beträge gingen durch Börsenspekulationen verloren. Die Polizei befaßt sich mit dem Falle nicht, da die Banken bisher keine Strafanzeige erstattet haben. — Die Fälscher amerikanischer Scheids wurden in Wien in den Personen eines gewissen Kerpner und Hugo Wahlers ausgeforscht. Sie wurden in einem Hotel im 4. Bezirk verhaftet. Sie waren vor mehreren Jahren nach Amerika ausgewandert, von wo sie vor einiger Zeit nach Oesterreich zurückkehrten. Hugo Wahler ist ein Vetter des Agrarbankiers Jakob Wahler.

1.600.000 Goldmark für ein Gemälde. Für das berühmte Jünglingsporträt des englischen Malers Gainsborough, das unter dem Namen „Der blaue Knabe“ (blue boy) bekannt ist, wurden 1.600.000 Goldmark von einem Amerikaner bezahlt. Der Herzog von Westminster gab diesen nationalen Kunstwert dafür preis. Ähnliche Preise, die natürlich nur für alte Bilder bezahlt werden, erreichten nur Rembrandts „Mühle“ und Velasques' Porträt eines spanischen Staatsmannes.

Die Konferenz der Kassenverbände.

„Die Sozialversicherung, die wichtigste Aufgabe der Regierung.“ — Gegen die landwirtschaftlichen Kassen. — Gegen die freie Arztwahl. — Ein allgemeiner Krankentages. Am 14. Oktober hat im Klubhotel der tschechischen Sozialdemokraten eine von allen deutschen und tschechischen Kassenverbänden der tschechoslowakischen Republik besuchte Konferenz stattgefunden, auf deren Tagesordnung sich folgende Gegenstände befanden. 1. Das Krankenversicherungsgesetz, 2. Reform der Verwaltung, 3. Das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankentages.

Das Referat zum ersten Punkte erstattete der ehemalige Minister für soziale Fürsorge Dr. Winter, dessen Ausführungen in dem Antrag gipfelten, die Geltungsdauer des bestehenden Gesetzes bis zum 31. Dezember 1923 zu verlängern, die Lohnklassen zu restringieren und zur Errichtung neuer landwirtschaftlicher Krankentages die Zustimmung zu verweigern. Im Auftrage des gemeinsamen Sekretariats der Kassenverbände präzisierteren Standpunkt Genosse Taub. Der Redner ist mit dem seitens des Referenten beantragten Termines für die Geltungsdauer des Krankenversicherungsgesetzes nur dann einverstanden, wenn bis dahin die Sozialversicherung gesetzlich verabschiedet und dadurch die Revolte zum Krankenversicherungsgesetze durchgeführt erscheint. Er ist dafür, daß eine Änderung des § 25, Absatz 4 angestrebt wird, da der gegenwärtige Zustand, der den Krankentages bei der Festsetzung der Beiträge die denkbar größten Schwierigkeiten bereitet, unhaltbar ist. Infolange die Zersplitterung der Krankentages, deren Beseitigung wir mit allen Mitteln anstreben müssen, andauert, ist es notwendig, einen Mindestbeitrag festzusetzen, damit nicht die Konkurrenz den Krankentages wieder jene Formen annehme, wie wir sie im alten Oesterreich verzeichnen konnten. Redner tritt dafür ein, daß die Errichtung landwirtschaftlicher Krankentages überhaupt unmöglich gemacht wird und daß zu diesem Zwecke der § 12 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechend abgeändert wird. Bezüglich der Lohnklassen wäre nicht nur notwendig zum Ausdruck zu bringen, daß wir eine Restringierung der Lohnklassen wünschen, sondern es müßte auch klar gesagt werden, daß wir die Auflösung der unteren drei Lohnklassen fordern. Ebenso wäre anzustreben, daß die 14. und 15. Lohnklassen als Pflichtklassen eingeführt werden. Im allgemeinen wäre den Klassen zu empfehlen, die vorhandenen Mittel zu einer zweckdienlichen Ausgestaltung zu verwenden.

Der mittlerweile erschienene Minister für soziale Fürsorge Habrman gab eine kurze Erklärung ab, der wir folgendes entnehmen: Die gegenwärtige Regierung erachtet die Restringierung der Sozialversicherung als die wichtigste ihr obliegende Aufgabe. Wenn die Regierung früher auf dem Standpunkt gestanden ist, daß die Feststellung der materiellen Leistungen der Sozialversicherung mit Rücksicht auf die volutarischen Verhältnisse nicht möglich sei, so ist sie jetzt zur Ueberzeugung

geelangt, daß die Restringierung der Sozialversicherung ohne Rücksicht auf die Verhältnisse am Geldmarkt eine unbedingt notwendige sein wird. Der Minister ist sich wohl dessen bewußt, daß die Behandlung der Materie sich überaus schwierig gestalten werde, die Fachleute, deren die Vorberatung der Sozialversicherung anvertraut wurde, werden alles daran setzen, um das Werk ehestens zu schaffen. Der Minister ist nicht in der Lage über Details der Vorlage gegenwärtig irgendwelche Mitteilungen zu machen, da sich alles im Stadium der Vorberatung befindet, nur eines glaube er sagen zu können, daß auch vorgelegt wird für jene, die mit Rücksicht auf ihr Alter der Wohlthaten der Alters- und Invalidenversicherung nicht mehr teilhaftig werden können.

Zu diesem Punkte wird eine Resolution folgenden Inhaltes angenommen: Die am 14. Oktober 1921 abgehaltene Konferenz der Kassenverbände macht die Regierung darauf aufmerksam, daß die Wirksamkeit des Gesetzes vom 22. Dezember 1920, Zahl 689 S. d. G. u. B., mit welchem einige Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes abgeändert wurden, mit 31. Dezember 1921 abläuft. Die Konferenz gibt ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß es notwendig ist, die Wirksamkeit des Gesetzes bis zum 31. Dezember 1923 zu verlängern. Dieser Antrag wird unter der Voraussetzung unterbreitet, daß bis zu jener Zeit die Sozialversicherung durchbetaten und demzufolge die Krankenversicherung neu geregelt sein wird. Auf Grund der Erfahrungen, die bei der Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes gesammelt wurden, fordert die Konferenz: 1. Die Anzahl der Lohnklassen ist zum Zwecke der Erleichterung der Kassenagenden um die niedrigsten drei Lohnklassen zu restringieren. 2. Die Errichtung neuer landwirtschaftlicher Krankentages ist durch Abänderung des § 12 des Krankenversicherungsgesetzes unmöglich zu machen und sind die bestehenden landwirtschaftlichen Krankentages aufzulösen. 3. Das Verhältnis zwischen Kollektivvertrag zu regeln und die entstehenden Differenzen sind durch ein obligates Schiedsgericht zu vereinigen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referiert Gen. Majal, Direktor der Bezirkskrankenkassa Olmütz. Den Standpunkt unseres Verbandes präzisierter Genosse Bösmüller. Bösmüller empfiehlt den Krankentagesvertretern, der Reform der Verwaltung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Eine entsprechende Reform der Verwaltung ist nicht nur im Interesse der Krankentages, sondern im Interesse der Allgemeinheit gelegen. Wir müssen dem deutschen Beispiel nachsehen und die staatlichen Einrichtungen unserer Krankentages so ausgestalten, daß sie ein wertvolles Material für Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse zu liefern in der Lage sind. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß das uns zur Verfügung stehende Beamtentmaterial den Aufgaben nicht gewachsen sei, weil wir durch eine derartige Behauptung, die überdies den Tatsachen nicht entspricht, die Autonomie der Krankentages schwer gefährden. Bösmüller tritt für die Annahme der Vorschläge der Regierung ein. In diesem Sinne wird auch beschlossen, ein Komitee einzusetzen, in welches neben dem Genossen Bösmüller die Herren Majal, Bisoffy, Radenstern und Norda entsendet werden und dem eine Frist bis zum 31. Oktober eingeräumt wird.

Das Referat zum dritten Punkt der Tagesordnung erstattet Johannis, der sich insbesondere mit dem letzten Konflikt, der sich zwischen den tschechischen Krankentages und der Ärzteorganisation abgespielt hat, eingehend befaßt. Er wünscht für die Zukunft ein einheitliches Vorgehen aller Kassenverbände in allen die Ärzte berührenden Fragen. Abgeordneter Genosse Schäfer ist der Ansicht, daß das Bestreben der Kassen immer dahin gerichtet war, und auch in Zukunft dahin gerichtet sein muß, ein gutes Verhältnis zwischen Ärzten und Krankentages herbeizuführen und aufrecht zu erhalten. Es ist eine irrtümliche Auffassung der Ärzte, wenn sie ihren Lohnkampf dem der industriellen und gewerblichen Arbeiter gleich stellen wollen. Nach der heutigen Gestaltung der Dinge ist für einen Arzt die Stellung in der Krankenkassa doch nur eine Nebenbeschäftigung und sie bildet nur in den seltensten Fällen den Hauptteil seiner Einnahmen. Die Ärzte verlangen jetzt mit altem Nachdruck die Einführung der freien Arztwahl. Wir sind gegen die freie Arztwahl, weil wir noch den in Deutschland gesammelten Erfahrungen zur Ueberzeugung gelangt sind, daß die freie Arztwahl keineswegs den Mitgliedern eine bessere Behandlung sichert, sondern weil sie nur ein Kassenlöwentum züchtet. Einzelne Ärzte wissen die freie Arztwahl zu ihren Gunsten auszunutzen. Wir werden im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel immer bereit sein, mit den Ärzten wegen Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage in Verhandlungen einzutreten. Wir glauben aber sagen zu können, daß wir bei unserem letzten Vertragsabschluß an die Grenze des Möglichen gegangen sind. Selbstverständlich sind wir dafür, daß künftighin alle Verbände gemeinsam vorgehen. Nachstehende Resolution empfiehlt Abg. Ge-

nosse Schaffer zur Annahme: Die am 14. Oktober tagende Konferenz ist einmütig der Auffassung, daß eine wirkliche und entsprechende Ausgestaltung der Spezialversicherung nur unter tatkräftiger Mitwirkung der in den Krankenkassen tätigen Ärzte möglich ist. Wir, die wir für eine systematische Ausgestaltung der Sozialversicherung seit Jahr und Tag eintreten, wollen alles tun, um uns die unerläßliche Mitarbeit der Ärzte zu sichern. Die Vorkommnisse der letzten Zeit sind aber nicht geeignet, das friedliche Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen zu fördern. Was an uns liegt, soll geschehen, um das alte freundschaftliche Verhältnis wieder herzustellen. Ein Teil der Ärzte verspricht sich einen wesentlichen Vorteil für den Arztstand durch die Einführung der freien Arztwahl. Nach den Erfahrungen, die in Deutschland mit diesem System gemacht wurden, ist dies ein Trugschluß. Die Verhältnisse, die sich im ärztlichen Berufsstand ausgebildet haben, können nicht durch die Einführung der freien Arztwahl eine wesentliche Änderung erfahren. Es sind keineswegs fiskalische Gründe, die uns dazu führen, die Einführung der freien Arztwahl den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die freie Arztwahl sichert den Mitgliedern, wie uns das deutsche Beispiel lehrt, nicht eine bessere Behandlung, sie sichert höchstens einen Teil der Ärzte, ein erhöhtes Einkommen und sie verhindert eine Ausgestaltung der Sozialversicherung, indem von den arbeitenden und erwerbenden Ständen erwünschten Sinne. Um eine einheitliche Behandlung der Arztfrage in Zukunft zu sichern, verpflichten sich die auf dieser Konferenz vertretenen Rassenverbände, bei den künftigen Verhandlungen gemeinsam vorzugehen und grundsätzlich keine Erhöhung des Honorars ohne Wissen der anderen Verbände vorzunehmen. Zum Schluß der Tagung beantragt Hr. Gen. Deutel nachfolgende Resolution: Die Verhältnisse, die sich auf dem Gebiete der Sozialversicherung herausgebildet haben, erheischen dringend ein einheitliches Vorgehen aller jener Faktoren, denen eine wirksame Ausgestaltung der Sozialversicherung im Interesse der Versicherten am Herzen liegt. Wir beantragen die Einberufung eines allgemeinen Krankenassistentenrates, dessen vornehmste Aufgabe darin bestehen würde, ein einheitliches Votum in der Frage der Sozialversicherung herbeizuführen. Der Rassenrat wäre noch im Laufe des heutigen Jahres einzuberufen. Mit der Durchführung der Vorarbeiten wird ein Komitee betraut, in welches jeder Verband einen Vertreter zu entsenden hat. Der Vertreter ist bis zum 25. Oktober dem Ustredni Svaz českých nemocných postladen namhaft zu machen.

Wir konstatieren mit Freude, daß alle Beschlüsse einhellig gefaßt wurden und daß nicht der geringste Mißton die durchaus sachlich geführten Verhandlungen gestört hat.

Gammlungs-Ausweis

(Vom 29. September bis 6. Oktober.)

- Produktiv- und Verkaufsgenossenschaft der Schuhmacher Pils 12.—, Konjungen. Neupala 180.—, Konjungen. Verana 60.—, Produktiven für Haarnetze „Zukunft“, Prag, Rechn. Dlinzko 150.—, ditto. 4.—, Arbeitergen.-Konjum. „Gleichheit“ Bubweis 1000.—, Bau- und Wohngen. Oberleutendorf 58.—, Arbeiterpark in Ostrau 600.—, Die Arbeiterschaft der Ziegelfabr. Souzel und Erdino in Ploitz 152.—, Sekretariat der tschech. soz.-dem. Arbeiterpartei in der Slowakei, Preßburg 80.—, Konjungen. Rot-Reie 70.—, Zentralarbeiterkonf.-Ber. Pils 137.—, Baugen. „Heimat“ Neuhaus 100.—, ditto. 20.—, Korbf. Gen. Alibanzlau 50.—, ditto. 50.—, Allgem. Konf. und Sparverein Postowitz 100.—, Arb.-Ber. Rostkele a. H. 200.—, Konf. und Spargen. Miretie 100.—, Produktiven der Entler und Riemer, Prag II 300.—, Konf.-Ber. „Zukunft“ Goblitz 500.—, J. Boracek, Slatin 15.—, Zentr.-Berb. der Arb. versch. Gewerbe und Ind. Prag, Gruppe der Betonarbeiter 128.—, ditto. Gruppe Teplich 255.30.—, ditto. Gruppe Branik 90.—, Sejna Johann, Albrecht bei Lannwald 166.—, Arbeiterpark. Ostrau 65.—, Soz.-dem. pol. Org. Olmütz-Dejcin 10.—, Soz.-dem. pol. Org. Skvorec 126.—, Soz.-dem. pol. Org. Vertrennungsmann S. Philips, Dobrotitz 232.—, Soz.-dem. pol. Org. Bivrob 85.—, Rozanek Anton, Litin 36.—, Gewerksch. der Tabakarb. in Steuberg (Mähren), Otságr. Tachau 1150.—, Arb.-Ratf. Ber. Königswart 55.—, Josef Wit, Kalkenau, für die soz.-dem. pol. Lokalg. in Kalkenau 285.—, Ant. Koesler, Radobeznic bei Pils 15.—, Pol. Org. tsch. Soz., Branic 217.—, Koh. Starý, Dampfsäge, Jdize bei Krzyzoburg Zentralverb. der Arb. versch. Gewerbe und Ind. der tsch. Rep., Gruppe Jdize 178.—, Jan Kroufek, Bobrowitz 40.—, Arb. Radfahrerb. Detschgruppe Dnitze 100.—, ditto. Langesel bei Brechen 50.—, Soz.-dem. pol. Org. Melnik 226.23.—, Zentralverb. der Arbeiterch. Bobenbach 10.923.41.—, Rudolf Köppl, Reudorf a. Lufschitz 40.—, Glanc, Prag II, Hybernergasse 7 31.—, Bau- und Wohngenossenschaft Chodov 50.—, ditto. Jan Kufka 114.—, Gen. der Kriegsinvaliden und Witwen in Königgrätz 50.—, Erste Reichenberger Produktiven, der Bäderarab. 50.—, Z. Triska, Dobrachov 5.—, Zentr. Verb. der Arbeiter versch. Gewerbe u. Ind., Gr. Chradim 71.—, Tschechosl. Soz. P. Polna 75.—, Pely Jof., Balved, Post Jauernig 16.—, Karl Gerlach, Prag VI 30.—, Tschl. soz.-dem. pol. Org., Ser-

- month 2.—, M. Gams, Bergmann, Voraba 168.—, Pol. soz.-dem. Lokalg. Rabvank 50.—, Pol. soz.-dem. Org. Pribov II 33.—, Polak B., Porel Rebylovitz Nr. 27, P. Stahlov 30.—, Pol. soz.-dem. Org. Grobenov 75.—, Erste Wiener Produktiven, der Gutmacher Brunn 50.—, Otto Invalid, Kom 20.—, ditto. 60.—, Fr. Labit, Dorf. J. Gen. Wjejan 50.—, Zentralarb. Konf.-Ber. Pils 34.—, Konf. u. Spar-Gen. Rejimesti 300.—, Elektrizacia Prag 50.—, Wirtsch.-Wohn-Spar- u. Baugen. Turzko 126.—, Konf.-Gen. „Selbsthilfe“, Serowitz 50.—, Konf. und Spargen. der Eisen-Ing. Rejimesti 14.—, Lebensm.-Ber. „Gegenseitigkeit“ Grobenov 399.—, ditto. 50.—, Landm. Arb.-Unterf.-Ber. Myslobic 50.—, Arb.-Bau-, Produktiv- u. Unternehmerrgen. Dubweis 350.—, Pol. Lokalg. der tsch. soz.-dem. P. Böhmisches-Trübau 100.—, Arb.-Zurwerb. Proskowitz 80.—, Gewerkschaft der Tabakarb. Sternberg, Otságr. Sternberg 579.—, Bezirksorg. Reudel 1149.20.—, Paul Jurek, Frauenberg 68.70.—, Pol. Org. tsch. soz. P. Brabelitz 119.—, Tsch. soz. Org. Prag VI 50.—, Palecek W., Friedland 100.—, „Freigeist“, Red. und Vertm. Reichenberg 75.—, Deutscher Bauarb.-Verb. Reichenberg 10.000.—, „Komenský“, Merlebach, Frankreich 1279.—, Konf.-Gen. Gropporitz 1500.—, ditto. 380.—, Lebensmittelgen. „Gleichheit“, Olshan 450.—, Allgem. Konf.-Ber. Spalov 250.—, Allgem. Konf.-Ber. Ledez 257.—, Erste Prob.-Gen. der Selcherarab. Prag 3677.64.—, Gen. Arbeiterheim Kojetin 50.—, Bau-, Einkaufs- und Produktiven. „Eintracht“, Dobraza 50.—, Bau-, Miet- und Spargen. Kriegsbesch. Böhmisches-Prod 10.—, Arb.-Konf.-Ber. Schumburg 18.000.—, Arb. der Ja. Bribit u. Hsáker, Prag VII 832.90.—, IV. Lok.-Org. tsch. soz.-dem. Arb.-P. 50.—, Eifka Karl und Ant. Stoklasa, Prag VII 25.—, Tsch. Konf.-Verein Trnovan 4000.—, Zentralvolks-Sparf. Brunn 500.—, Wirtsch.-Miet-, Spar- und Baugen. in Elze, Rumburg 10.—, Arb.-Lebensmittelgen. Broden 100.—, Erste Arb.-Verleiderinfaß Brünna, Polocek Josef, Brunn 100.—, Gen. Arbeiterheim Reichwald 50.—, Produktivgenossenschaft für Ziegeleien und Zementwaren, Ratimov 100.—, Bezirksorg. d. deutschen soz.-dem. P. Landstron 1182.—, Pol. soz.-dem. Org. Smrzkova, Jof. Brial 500.—, Pol. Org. tsch. Soz., Königshof 225.—, Tsch. pol. Org. in Reudorf a. Lufschitz 65.—, Fr. Svob. Rostkele 100.—, Ant. Siska, Vertm. pol. soz.-dem. Org. Gule 350.—, Arb. und Eigentümer der Fa. B. Bondb, Chotobor 170.—, Klub der soz.-dem. Abgeordneten Prag 14.400.—, Lokalg. Bohlowitz 50.—, Rud. Reichmann 91.50.—, Karl Jolebil, Prag VIII 15.—, Jof. Gottwald, Sekr. der Fachorg., Wödenstein 565.20.—, Emil Arnberg, Parteisekretär Bodenbach 1143.20.—, Union der Bergarbeiter Zurn-Tepliz 59.900.—, Rogel B., Stechi a. E. 45.—, Pol. soz.-dem. Org. Brauhowitz, P. Riemann 29.—, Ber.-Org. der soz.-dem. Arb.-P. Leitmeritz 1091.—, Produktiven, der Gutmacherarab. Prag VII 60.—, ditto. 50.—, Personal der Arb.-Selcherarab. und Fleischerarab. Prag-Ristow 966 41.—, ditto. Chelidzebo 966 1500.—, Lebensmittelverein „Selbsthilfe“ Rostitz, P. Tordomitz 150.—, Wirtsch., Miet-, Spar- und Baugen. in Ewan, Post Bihobowitz 91.—, Janka u. Co., Radotin 1000.—, ditto. 1149.—, Gasarib. Gr. Prag II (Installation) 2300.—, Bohemia im Auftrage der Bank of Europe, New-York 27.225.—, Arb. der Fa. Windisch u. Comp. und Ferrovia, Radotin 280.—, ditto. 1000.—, Tolman Binz, Sobeske 58.—, Soz.-dem. pol. Org. Studenska 124.40.—, P. Bivwachs, Höfling, P. Blazejov 51.—, Belda Albert, Popelnice 20.—, Jof. Willerstorfer, Karlschina, Chvalšchin 46.—, Pol. Lok.-Org. soz.-dem. P. Bavorov 38.—, Soz.-dem. Parteisekret. Bodenbach 332.—, Arb.-Ratf. B. „Vormärts“, Alt-Rohlau 30.—, Pol. Lokalg. tsch. soz.-dem. P., Orlowa 500.—, Arb.-Zurn-P., Pribov 53.—, Tsch. soz. Partei Eisenberg 142.92.—, Jof. Adamek für pol. Lokalg. Subentisch 104.—, Alois Wenzel, Vertm. 2. Sel. Brednov 89.—, Konf.-Gen. Cerbovic 350.—, Zentr.-Konf.-Arb.-P. Pils 22.50.—, Konf.-Gen. der Hausf. Dombrova 50.—, Lebensmittel-Ber. Komie 100.—, ditto. 40.—, Prod.-Gen. der Tischler, Jungbunzlau 140.—, ditto. Dobawice 52 150.—, Gem. Bau- und Wohngen. Dubweis 100.—, Gewerbeb. Velatic bei Brunn 50.—, Pol. soz.-dem. Lokalg. Venica, Gau Neutra 150.50.—, Zentr.-Verb. der Arb. versch. Gewerbe u. Ind., Gruppe Boboli-Dvorce 453.60.—, I. Lokalg. der tsch. soz.-dem. Arb.-P. Prag VII 56.—, Zentr.-Verb. der Bau- und landw. Arb., Strage, Gau Neutra 22.40.—, Jof. Wustl, Mladie 100.—, Pol. Kl. not.-soz. in Kojov 28.—, A. Kowalsch, Freistadt 2026.—, Deutsche soz.-dem. Bezirksorg. Wegstahl 150.—, Pol. Lokalg. tsch. Soz. Bierhöfen 182.—, Tsch. soz. P., Chrostan bei Kolanitz 25.—, Christ. Lebensm.-B. Dronce 100.—, Erste Eink. u. Prod.-Gen. der Schuhm. Münchengrätz 100.—, Zentr.-Konf.- und Prod.-Gen. Stornan 100.—, zusammen 186.741'49 tsch. Kr. Von voriger Woche verblieben 1,268.043'40, zusammen 1,454.784'89 tsch. Kronen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Stilprämien, Wochengeld und Schwangerschaftsunterstützung. Das Gesetz vom 20. November 1917 regelt die Unterstützungen für Wöchnerinnen durch die Krankenkassen. Nach § 6 Abs. 4 haben die versicherten Arbeiterinnen Anspruch auf Stilprämien für mindestens 12 Wochen, bei manchen Krankenkassen bis 26 Wochen. Hier wäre zu bemerken, daß es vielleicht ratsam wäre, die Stildauer individuell zu bestimmen. Sowohl die Veranlagung der Frau wie die Entwicklung sollten vor Entziehung der Stilprämie berücksichtigt werden. Darüber sollte entweder der Rassenrat oder noch besser die Mutterberatungsstelle entscheiden. Die Mutter, welche Stilprämien bezieht,

solte verpflichtet sein, wöchentlich die Mutterberatung aufzusuchen. Weiters kommt es häufig vor, daß junge Mütter, welche die Stillprämie und Wochengeld zwar beziehen, dennoch gezwungen sind noch zu verdienen. Schon zwei Wochen nach der Entbindung findet man solche Frauen als Wäscherinnen arbeiten. Die Fürsorgerin sollte dafür sorgen, daß solche schwere, scind u. d. Mutter schädigende Arbeit nicht geleistet wird, solange die Frau Wöchnerin ist, weiters ist zu hoffen, daß der Dienstweg nach dem Gesetz vom 22. Dezember 1920 die Auszahlung der Wöchnerinnengever nicht zu lange verzögert.

Der österreichische Außenhandel. Die Wiener Blätter bringen gegenwärtig eine statistische Uebersicht über die Ereignisse des Außenhandels Deutschösterreichs im ersten Halbjahr 1921, wonach die Gesamteinfuhr 3.8 Millionen Tonnen, die Gesamtausfuhr 700.000 Tonnen betrug. Das Ergebnis wäre also ein geradz enormes Passivum, das aber in Wirklichkeit geringer ist, als es den Anschein hat, weil die eingeführten Waren, vor allem Kohle, ein größeres Gewicht und einen verhältnismäßig kleineren Wert haben, während die ausgeführten Artikel vorwiegend Industriewaren sind, in denen ein großer Arbeitswert steckt, sodaß das Passivum dem Gewichte nach viel größer ist als das Passivum dem Werte nach, welches aber in der Statistik nicht angegeben ist, weil diese überhaupt keine Wertstatistik ist. In der Gesamteinfuhr von 3.8 Millionen Tonnen machen Kohle und Koks nicht weniger als zweieinhalb Millionen Tonnen aus. Die zweitgrößte Einfuhrpost bildet das Getreide (285.000 Tonnen), dann folgen Obst, Kartoffeln, Reis, Zucker, Fische, Speisefett, frische und Kondensmilch. Bemerkenswert ist, die starke Zunahme der Einfuhr industrieller Rohstoffe gegen das Vorjahr und die starke Steigerung in den Exportziffern, sodaß die Ausfuhr fast aller Artikel durchwegs größer ist als im Vorjahr. In der Reihe der Einfuhrländer steht die Tschechoslowakei mit 42.6% der Gesamteinfuhr an der Spitze, worauf Deutschland mit 32.3 Proz. folgt. Demgegenüber ist der Anteil aller anderen Länder an der Einfuhr nach Deutschösterreich verhältnismäßig gering. Daraus geht wieder die so oft festgestellte wirtschaftliche Zusammengehörigkeit Deutschösterreichs, Deutschösterreichs und der Tschechoslowakei hervor. In der Ausfuhr stehen an erster Stelle Italien mit 21.1%, an zweiter Stelle die Tschechoslowakei mit 19.9 Proz., an dritter Ungarn mit 16.1% und an vierter das Deutsche Reich mit 15.2 Proz. Obzwar also gegen voriges Jahr der Außenhandel Deutschösterreichs zugenommen hat, kann dies die tatsächliche wirtschaftliche Lage des Landes nicht einschendend beeinflussen.

Kunst und Wissen.

Vortrag Ludwig Hardt. Es tut nicht gut, mit allzugroßen Erwartungen an eine Sache heranzutreten. Ludwig Hardt hat sich nicht auf einen Künstler hoffen, dem sich die geheimsten Tiefen eines Werkes öffnen, der stumme Zeichen reden macht und uns mit Gedichten, Seele gegen Seele, vertraute Zwiesprache halten läßt. Die spröden Mittel seiner Kunst verstärken noch diese Erwartungen. Weder verfügt Hardt über die grandios dahindraufende Dramatik eines Altmeisters Strakosch, noch über die weiche Fülle und Melodik, wie sie etwa Büllner oder Altschlag eignet. Das weiß ich auf die Bahn der reinen, untheatralisch-schlichten Vortragskunst, die sich ganz in den Geist einer Dichtung versenkt und auf jedes außerhalb liegende Mittel verzichtet, und in engen Grenzen ist er hier auch Meister. Ich meine die zarte Prosahand, die plastische Herausarbeitung seiner feisler Uebergänge, eines unterdrückten Meinens und eines leuschen, verschämten Lachens. Deshalb war es ein Genuß, Daudets zartes Jhdh von den beiden rührenden Alten, Andersens „Standhaften Pinnsoldaten“ und Fontanes „Ja, das möcht ich noch erleben“ aus Hardts Munde zu vernahmen. Fontanes trockener Humor in „Herr Ribbed und „Frei Rathhuf“ hingegen kam wohl gut und amüsant, doch nach keiner Richtung hin originell heraus, und ähnlich stand es um die hirsich gefärbigten, knappen Bilder des Matthias Claudius. Das Hardt nicht kann, ist die große, lönnende Ballade: mit dem „Zauberlehrling“ und dem „Rattensänger“ wußte er künstlerisch nichts anzufangen. Die Ballade muß erst mythisch und still werden, damit sie ihm liegt, dann hämmert er aber auch ein Juwel zurecht wie „Großmutter Schlangenschin“. In Summe trug man vom Abend keinen einheitlich großen Eindruck davon, wohl aber die Belannschafft eines Mannes, der mit erlesenem Geschmak Schätze der Dichtung auszuwählen und darzubieten weiß.

Reues Theater. Heute, Sonntag Nachmittag „Traviata“, Abend „Vetter aus Dingsba“, Montag „Rosenkavalier“, Dienstag „Geständnis“, Mittwoch „Reue“, „Minna von Barnhelm“, Donnerstag „Mjari-Bjklus I“, „Entführung aus dem Serail“, Freitag „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“, Samstag „Geständnis“, Nachtvorstellung „Vetter aus Dingsba“, Sonntag Vormittag Kammermusik, Nachmittag „Glad im Winkel“, abends „Mozart-Bjklus II“, „Figaros Hochzeit“.

Arbeitervorstellung. Sonntag, den 30. Oktober Nachmittag findet im Neuen Deutschen Theater die Aufführung der „Mozart-Oper „Don Juan“ als Arbeitervorstellung statt. Karten zu dieser Vorstellung beim Optiker Deutsch, Graben 25 (Meiner Bazar).

Konzerte.

Zweites vollständiges Sonntagskonzert. Heute halb 4 Uhr, Produktivenborse. Solist Walter Schneiderhan (Violine). Am Klavier Max Hermann Schwarz. Am Programm u. a. Tartini: „Teufelstriller“, Mendelsohn: Violinkonzert, Tschailowsky: Serenade melancholique. Restliche Karten von 8 Uhr an der Konzertkasse.

Cesta Harmonie. Sonntag, den 16. Oktober erstes Abonnementkonzert. Programm B. Smetana: Labor — Egerjo aus der „Triumphal-Symphonie“, Cesta pisen. L. v. Beethoven: Symphonie III. Dirigent B. Talich. Mitwirkung: Gesangverein „Sinohradsky Hlahol“. Anfang halb 8 nachm. Abends um halb 8 Populäres Konzert, Dirigent F. Stupka. Caffovskij: Roma a Julie. — Fibich: V podker. — Dvorak: Symphonie Nr. 6 C-moll, und Arie „Gel Bobu, zel“ aus Svatebni koste. Singt Fr. R. Pluharova.

Urania.

Heute, halb 11, erste Jugendberanstaltung: „Eröffnungsfest“. Ansprachen: Vetter der Urania Prof. Frankl; die Herren Prof. Klein, Lehrer Scholz, Kirchenrat Bilchert. Dekt.: Prof. Gusti Veidl-Adl. Vortrag: Prof. Stuchlik, „Spaziergänge in der Umgebung von Prag“ mit Licht. Sämtliche Karten vergriffen.

Heute, halb 4, „Eine Reise nach Korfu und Athen“ mit 120 prächt. Licht. Prof. Dr. Wexha (zweiter Vortrag der Reihe „Im Bilde durch die Welt“). Karten 5 und 4 Kronen.

Mittwoch, den 18., halb 8 Uhr, „Gesetz und Freiheit in der Kunst“ (mit Licht.). Geheimrat Wilhelm Ostwald. Der weltberühmte Physiko-Chemiker und Nobel-Preissträger ist aus weiteren Kreisen des Publikums durch seine gemeinverständlichen Publikationen bekannt. Karten 17 bis 4 Kronen.

Mittwoch, den 19., 8 Uhr, „Jugendfürsorge in der Schweiz und bei uns“. Dir. Verka. Karten 5 und 4 Kronen.

Wilhelm Altsch in der „Urania“. Der berühmte Wiener Künstler vom Deutschen Volkstheater erseht Sonntag, den 23., halb 6 Uhr, am Vortragstisch. Programm: Zwei Gesänge aus dem Ribelungenliede und Goethe-Gedichte. Karten 12—4 Kr. Bilgl. Ermäßigung. Urania-Ranglist.

Turnen und Sport.

D. B. C. Erzag gegen Ralofstrandsky S. R. 1:1. Freitag spielte eine Mannschaft des Neuen Deutschen Theaters, bestehend aus Mitgliedern des technischen Personales gegen eine Studentenmannschaft. Das Resultat war 4:3 für die Studenten. Wie wir hören, soll eine Mannschaft des Solisten des Neuen Deutschen Theaters Samstag gegen D. B. C. alte Herren debattieren.

Morgen spielt S. R. Slavia gegen den Meister von Oesterreich Rapid, Wien; D. B. C. Prag gegen Tepliker B. R.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Heute, 16. Oktober, 1921
3 Uhr nachmittags

Tepfitzer Fussball-Klub gegen D. F. C.

Genossen! Leset die Annonce „Epocha“, beachtet die Erfahrungen Eures Parteigenossen, verlangt Prospekt. 165

Die internationale Transportgesellschaft Plohn & Comp., Prag, Dlouha trida 41, ist modernst eingerichtet und kann daher für schnellste Expedition, im In- und Auslande, Vergollungen, Verladungen, sowie Einlagerungen und kulanteste Bedienung garantieren. 187

PELZWAREN
Herren- u. Damenpelze, Pelzjackketts, Krägen, Boas, Muffe usw.
kauft man am besten bei
F. DENDER, Prag I., Celetná 12.
Reparaturen und Umarbeitungen werden angenommen. 144

Internationale Transportgesellschaft Plohn & Comp., Prag,
L. Dlouhá str. 41. Gegründet 1859. Internationale und Übersee-transporte, Zollabfertigung und Rollfuhrwerk, Lagerhäuser mit Gaseisenschluss, Kommission und Versicherung. Zweigstellen: Teitschen a. E., Laube, Bodenbach, Reichenberg, Gablonz a. Neisse, Stettin, Hamburg, Hagen in Westfalen. 186
Telegraphenadresse: Plohn Speditours. Telefons: 204, 6477.

Das tanzende Prag
besucht nur die **TANZ-BAR ASTORIA**
Ovocný trh. Entrée frei.

1/4 Théâtre Variété 1/8
Prag-Karlín.
Heute Sonntag 2 Vorstellungen!
NEUES PROGRAMM!
gänzlich neue Attraktionen!
Wegen des Riesenerfolges Fortsetzung
des Gastspiels **FREGOLIA**.

An das kunstfinnige Publikum!

Unter ganz außergewöhnlichen Umständen tritt die Direktion des Deutschen Theaters in Prag diesmal an die Öffentlichkeit heran, um für das neue Abonnement, das in wenigen Wochen beginnen soll, die alten Freunde wiederzugewinnen und neue zu schaffen.

In dem abgelaufenen Spieljahr, an jenem traurigen 16. November 1920, hat das deutsche Prag sein altes Deutsches Landestheater auf eine gewaltsame Weise verloren, die jedem Recht und Gutes Hohn spricht. Dieser Fall fand wohl einzig in der Geschichte des Theaterwesens aller Zeiten und aller Länder, daß ein Theaterdirektor mit seinen Angestellten mitten in der Arbeit gezwungen wird, sein ihm vertraglich gehörendes Theater zu verlassen. Und wir hatten gut gearbeitet, künstlerisches geleistet, es wurde überall, wo man sich für deutsche Kunst interessiert, von dem Prager Theater wieder mit großer Achtung gesprochen. Es war der Direktion gelungen, im neuen wie im alten Theater den Betrieb täglich aufrecht zu erhalten. Der Spielplan war ungemein wechselnd und anregend. Ein umfangreiches Soloperpersonal, ein stark vermehrtes Orchester ermöglichen eine Vielseitigkeit der Darbietungen, wie sie Prag früher niemals hatte. Noch war die Direktion im Aufbau begriffen, denn es galt, langsam ein festgefügte Ensemble zu schaffen, welches ein fundamentales Repertoire sichern sollte, das über die Sommerferien eines Saisonbeginnes hinweghelfen sollte, um dann im Laufe der kommenden Spielzeit in Ruhe Neues zu bringen. Die stillgehegten und unermüdet gepflegten Pläne der Direktion gingen vielfach in die Brüche, als nach dem 16. November 1920 die Direktion auf das eine große Haus angewiesen blieb. Es war klar, daß zunächst das Schauspiel schwer darunter leiden mußte, da die anspruchsvolle Oper und auch die Operette befreilichweise infolge der Massenwirkungen von Eracheier und Gior, zu den der oft bedeutendere Dekorationsaufwand immer die große Bühne als eigentliche Wirkungsstätte beanspruchte hatte.

Nach jenem unglücklichen 16. November ist die Direktion trotz der unterworfenen Vergeßung nicht fahnenflüchtig geworden, hat im Gegenteil das ganze Personal ihre Solidarität versichert und unter Sturm und Drang, nachdem fast eine Woche auch im Neuen Theater nicht gespielt werden konnte — da infolge der Straßentumulte die Abhaltung von Vorstellungen unmöglich war — nahmen Direktion und Angestellte mit doppelter Kraft und eisernem Willen die Arbeit wieder auf und es gelang, ganz auf eigene Kraft gestellt, das Jahr zu Ende zu führen ohne fremde Hilfe.

Die Direktion will, trotz der neuerlichen nicht unbedeutenden Teuerung, die den Betrieb unausgesetzt höher belasten, wie jedermann es in seinem eigenen Haushalte beklagen kann, die Abonnementpreise in diesem Jahre nicht erhöhen, im Gegenteil, ganz unbedeutende Retouren haben sich ereignende Ungerechtigkeiten ausgeglichen, die sogar zu einer Preisermäßigung in einer oder der anderen Kategorie führten. Die Direktion macht aufmerksam, daß ein vollständiges Abonnement nicht zur Ausgabe gelangt.

Die Direktion erkennt rückhaltlos den Wert des deutschen Abonnentenpublikums in Prag an, das in seinem differenzierten Geschmack von vorbildlicher Qualität ist. Die Direktion würde sich glücklich schätzen, wenn diese alten Freunde in diesen schweren Zeiten dem deutschen Theater ihre Treue bewahren würden und neue Freunde dazu kämen, nicht nur das eine Haus, in dem wir heute spielen, stolz und aufrecht zu erhalten, sondern uns die Mittel bringen, in kurzer Zeit ein zweites intimeres Theater zu erbauen, zum Ruhme der deutschen Theaterkunst in Prag.

Der Direktor des Deutschen Landestheaters in Prag.
Das neue Abonnement:
Im Nachfolgenden erlaubt sich die ergebnis fertigste Direktion die neuen Abonnementpreise mitzuteilen. Das neue Abonnement umfaßt 240 Vorstellungen. Doch werden auch ganzjährige Halb-abonnements (120 Vorstellungen) und ganzjährige Viertelabonnements (60 Vorstellungen) ausgegeben.

	240 Vorst. 1/4	120 Vorst. 1/2	60 Vorst. 3/4
	Kronen	Kronen	Kronen
Barterreloge und 1. Rangloge Nr. 1	26.000,—	13.000,—	6.500,—
Barterreloge Nr. 2—4	24.000,—	12.000,—	6.000,—
Barterreloge u. 1. Ranglogen (alle übrige Nummern)	22.000,—	11.000,—	5.500,—
2. Ranglogen	20.000,—	10.000,—	5.000,—
Cerete-Sitze	8.000,—	4.000,—	2.000,—
Frantekstühle 2.—4. Reihe	7.200,—	3.600,—	1.800,—
Barterstühle 5.—8. Reihe	5.600,—	2.800,—	1.400,—
Barterstühle 9.—12. Reihe	5.200,—	2.600,—	1.300,—
Barterstühle 13.—20. Reihe	4.400,—	2.200,—	1.100,—
Balkonstühle 1. Reihe	5.600,—	2.800,—	1.400,—
Balkonstühle 2.—4. Reihe	4.800,—	2.400,—	1.200,—
Balkonstühle 5.—7. Reihe	4.000,—	2.000,—	1.000,—
Galeriestühle 1. Reihe	3.400,—	1.700,—	850,—
Galeriestühle 2.—6. Reihe	2.400,—	1.200,—	600,—
Galeriestühle 7.—10. Reihe	2.000,—	1.000,—	500,—

Die geehrten Abonnenten, welche ihr Abonnement zu erneuern wünschen, werden ersucht die Abonnementkarten bei der Kasse des Neuen deutschen Theaters bis Samstag, den 15. bis inkl. Donnerstag, den 20. Oktober unter Vorweisung der letzten Abonnementkarten zu begeben. In derselben Zeit werden Anmeldungen neu eintretender Abonnenten angenommen. Die Ausgabe für neu eintretende Abonnenten beginnt am Samstag, den 20. Oktober. Prag, am 13. Oktober 1921.

Die Direktion des Deutschen Theaters in Prag

Verkauf zu alten Preisen!!!

Reklame-Restepakets:
Paket A, enthaltend 10 m Flanell und Barchent Kc 115-
Paket B, enthaltend 10 m Flanell, Barchent und Blusenflanell Kc 190-
Paket C, enthaltend 20 m Flanell, Barchent u. Kanevas . Kc 250-
Paket D, enth. 10 m Kleiderstoff, doppelt breit Kc 150-
Paket E, enthaltend 1 Rock, 1 Unterrock, 1 Damenhose, 1 Winterkopftuch, 1 Strapatzoberhosen Kc 125-
Kinderanzüge:
Trikot 55 cm lang Kc 12-
jede 5 cm um 2 K mehr.
Betttücher 2 m lang, 120 cm breit, rot Kc 36-
Betttücher 2 m lang, 120 cm breit, weiss Kc 48-
Damenhemd, herrlich gestickt, aus allerfeinstem Schweizer Chiffon, 105 cm lang Kc 46-
Damenflanellhemd Kc 38-
Herrenflanellhemd Kc 40-
Weberei und Wäschefabrik
Otto Katz, Prag I.
Celetná 14, I. St. Preislisten gratis!
178

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7.
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke. Trinkgelder aufgehoben!

Im Gasthofe des „Černý pivovar“ am Karlovo nám. wird wieder das altbekannte **LAGERBIER** ausgeschenkt.

Kohle - Koks - Holz liefern fuhr- und waggonweise **S. L. Reimann Söhne, Prag II., Václavské nám. 47.** Telephon Nr. 1675 und 4179.

Inserieren bringt Erfolg!
Über alle Wissensgebiete, pol. u. Berufsfragen usw. Tägliche Kontrolle von ca. 1000 Zeitungen des In- u. Auslandes. 68 The Internat. Spectator Prag II., Panská 9.

Piering-Seni und Essig ist der Beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen.

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
MAISON LOUVRE PRAG, NARODNÍ TRŽDA 20
STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7863 4648 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG

SELBST ORGANISIERT! Genossen, Eure Erfindungen, wenn auch nicht patentiert, lasset verwerten durch das international organisierte Patentverwertungsbureau EPOCHA, Prag I., Jakubská 4. Telefon 3548 b.

Wir erzeugen wieder feinste **Theemargarine „SANA“** und vorzügliche **Tafelmargarine „AXA“** den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín
Půjčovni 2.

Živnostenská banka v Praze.
Zentrale Prag, Na Příkopě Nr. 30.
Telephon Nr. 225, 3837 u. a.
Aktienkapital 200.000.000 Kc. Reserve- und Sicherstellungsfonds 113.696.289,53 Kc.
Filialen:
Jungbunzlau, Bratislava, Brünn, Deutschbrod, Budweis, Göding, Königgrätz, Iglau, Klattau, Kolin, Kaschau, Reichenberg, Melnik, Olmütz, Mähr.-Ostrau, Pardubitz, Pisek, Pilsen, Prossnitz, Tabor, Teplitz, Aussig a. E., Triest, Karlsbad und Wien I, Herrengasse 12. Expositur in Abbazia.
Besorgt alle Bankgeschäfte im In- und Auslande.

Verlangen Sie überall **Mineraltafelwasser „EXCELSIORQUELLE“** AUS MARIENBAD. Generalrepräsentanz für die Čsl. Republik: **Bank für Brauindustrie, Prag II.** Havlíčkovo nám. Nr. 25.

BERSON GUMMIABSATZE BILLIGER ALS LEDER

ACHTUNG!**ACHTUNG!**

Jede Gewerkschaft, Genossenschaft, Konsumverein, politische Organisation

benötigt unbedingt:**RONEO geniales Registratur-System**

um leicht, denkbar genauest, ohne geistiger Anstrengung, dabei jedoch für jedermann absolut einfach, ihre Kanzleien zu führen.

RONEO prachtvolle Stahl-Registaturen

um alle Dokumente sowie Geschäftsbelege in Sicherheit zu haben.

RONEO-Duplikator

um Mitteilungen und Briefe schnell, zuverlässlich, dabei ganz einfach zu vervielfältigen.

RONEO-Kopiermaschine

um ohne Wasser beste Kopien schnellstens zu erhalten. Das Durchklopfen ist doch zeitraubend, teuer und bekanntlich kein Gerichtsdokument.

An Kanzlei-Organisation jede ersparte Krone bringt Sie um Tausende!

Achtung auf die provisorische Adresse:

RONEO Limited, Prag I., Masná 13.

200

„Selbst organisiert“**VERSCHAFFT EUCH EURE NACHTRUHE!**

Wir danken für die unzähligen Anfragen und zahlreichen Bestellungen auf unsere

„EPOCHA“ Ungeziefer-Isolier-Apparateund nachdem wir sie einzeln unmöglich beantworten können, teilen wir höfl. mit, dass unsere Apparate komplett loko **200 Kč** kosten und wir übernehmen die Garantie für Wirksamkeit.

Unsere Kunden schreiben uns:

TR.

„Epocha“ chem. Laboratorium, Prag I.

Mit dem von Ihnen gekauften Wanzenapparat haben wir gleich den ersten Tag einen trapperenden Erfolg in unseren Geschäftsräumen konstatiert, da wir in dem Behälter ganz junge stechnadelkopfgrosse Tierchen fanden, die mit freiem Auge kaum auf der Wand zu sehen waren.

Wir können diesen Apparat jedem aufs wärmste empfehlen, da dieser einen epochalen Erfolg auf dem Gebiete der Wanzenvertilgung bedeutet.

Wir haben öfters diverse Tilgungsmittel versucht, jedoch keines lässt sich mit ihrem Wanzenvertilgungsapparat vergleichen.

Zeichner hochachtend

L. F. & Co., Prag.

TR.

**„Epocha“ chem. Laboratorium
und Patentverwertungs-Bureau
Prag I., Jakubská 4.**

Wir danken Ihnen, dass Sie uns mit Ihrem Isolier-System bekannt gemacht haben, die 5 Apparate haben etwas Unglaubliches produziert, wir haben uns entschlossen, in sämtliche Hotelzimmer die Apparate zu bestellen und bitten wir Sie, uns betreffs Bestellung unverzüglich zu besuchen.

Hochachtend
Hotel

TR.

„Epocha“ chem. Laboratorium, Prag I.

Nachdem wir alles probiert haben und die durch den Krieg verursachte Wanzenplage uns vielen Schaden angerichtet hat, begrüßen wir Ihre Isolier-Methode als eine umwälzende auf dem Gebiete der Hygiene gegen Ungeziefer. Montieren Sie mit dem morgigen Tage weitere 8 Apparate. Bitte gleich die Rechnung mitzubringen.

Hochachtend
Hotel**„Epocha“ chem. Laboratorium und Patentverwertungs-Bureau
PRAG I., Jakubská 4.**

Telephon 3548 b.

Telegramm-Adresse: Epocha Prag, Jakubska 4.

Mit Parteilegitimation 5% Nachlass.

200